



Wortprotokoll der 81. Sitzung

Ausschuss Digitale Agenda

Berlin, den 25. Januar 2017, 16:00 Uhr
11011 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Sitzungssaal: PLH E.200

Vorsitz: Jens Koeppen, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 10

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema: "Fake News, Social Bots, Hacks
und Co. - Manipulationsversuche demokratischer
Willensbildungsprozesse im Netz"

a) **Liste der Sachverständigen**

Ausschussdrucksache 18(24)SB38

b) **Fragenkatalog**

Ausschussdrucksache 18(24)SB39

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Beermann, Maik Durz, Hansjörg Jarzombek, Thomas Koeppen, Jens Nick, Dr. Andreas Schipanski, Tankred Schwarzer, Christina	Hornhues, Bettina Lange, Ulrich Schön (St. Wendel), Nadine Tauber, Dr. Peter Wanderwitz, Marco Wendt, Marian Whittaker, Kai
SPD	Esken, Saskia Flisek, Christian Klingbeil, Lars Reichenbach, Gerold Zimmermann, Dr. Jens	Bartol, Sören Dörmann, Martin Heidenblut, Dirk Stadler, Svenja Träger, Carsten
DIE LINKE.	Sitte, Dr. Petra Wawzyniak, Halina	Korte, Jan Pau, Petra
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Janecek, Dieter Notz, Dr. Konstantin von	Beck (Köln), Volker Rößner, Tabea



9/1

18. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)
Mittwoch, 25. Januar 2017, 16:00 Uhr

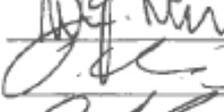
CDU/CSU

Ordentliche Mitglieder

- Beermann, Maik
- Durz, Hansjörg
- Jarzombek, Thomas
- Koeppen, Jens
- Nick Dr., Andreas
- Schipanski, Tankred
- Schwarzer, Christina

Unterschrift

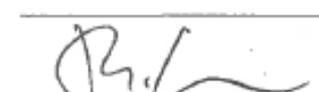





Stellvertretende Mitglieder

- Hornhues, Bettina
- Lange, Ulrich
- Schön (St. Wendel), Nadine
- Tauber Dr., Peter
- Wanderwitz, Marco
- Wendt, Marian
- Whittaker, Kai
- Hoffmann, Frank

Unterschrift



-4-

97

18. Wahlperiode

Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)
Mittwoch, 25. Januar 2017, 16:00 Uhr

SPD

Ordentliche Mitglieder

Esken, Saskia

Flisek, Christian

Klingbeil, Lars

Reichenbach, Gerold

Zimmermann Dr., Jens

Stellvertretende Mitglieder

Bartol, Sören

Dörmann, Martin

Heidenblut, Dirk

Stadler, Svenja

Träger, Carsten

Unterschrift

Unterschrift

DIE LINKE.

Ordentliche Mitglieder

Sitte Dr., Petra

Wawzyniak, Halina

Unterschrift



- 5 -

18. Wahlperiode

Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)
Mittwoch, 25. Januar 2017, 16:00 Uhr

DIE LINKE.

Stellvertretende Mitglieder

Korte, Jan

Pau, Petra

Unterschrift

BÜ90/GR

Ordentliche Mitglieder

Janecek, Dieter

Notz Dr., Konstantin von

Unterschrift

Stellvertretende Mitglieder

Beck (Köln), Volker

Rößner, Tabea

Unterschrift



- 2 -

Tagungsbüro

Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)
Mittwoch, 25. Januar 2017, 16:00 Uhr

Seite 3

Bundesrat

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amts-bezeichnung
Baden-Württemberg	_____	_____	_____
Bayern	_____	_____	_____
Berlin	_____	_____	_____
Brandenburg	_____	_____	_____
Bremen	_____	_____	_____
Hamburg	_____	_____	_____
Hessen	_____	_____	_____
Mecklenburg-Vorpommern	_____	_____	_____
Niedersachsen	_____	_____	_____
Nordrhein-Westfalen	_____	_____	_____
Rheinland-Pfalz	<u>Jensen</u>		KA
Saarland	_____	_____	_____
Sachsen	Langer	D. Langer	Ref.
Sachsen-Anhalt	_____	_____	_____
Schleswig-Holstein	_____	_____	_____
Thüringen	Barbara Järc	Järc	Ref.



- 2 -

off

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)
Mittwoch, 25. Januar 2017, 16:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
SCHAELE	LINKE	
LEINING	CDU/CSU	
Pohl, Jörn	GRÜNE	
KALBECH	SPD	
Weiß	Linke (P.Sitte)	
Schöber	LINKE	
Burghart	BÜNDNIS	



- 9 -



Deutscher Bundestag

Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung

am Mittwoch, 25. Januar 2017, 16.00 Uhr im Saal E.200 PLH

Anwesenheitsliste Sachverständige

Name

Unterschrift

Prof. Dr. Simon Hegelich

Daniel Fiene

Prof. Dr. Christian Stöcker

Markus Reuter

Christina Dinar



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema: "Fake News, Social Bots, Hacks und Co. - Manipulationsversuche demokratischer Willensbildungsprozesse im Netz"

Der **Vorsitzende**: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer 81. Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda, heute zu einem öffentlichen Fachgespräch. Ich glaube, zu einem Fachgespräch von besonderem Interesse, mit dem Thema „Fake News, Social Bots, Hacks und Co. - Manipulationsversuche demokratischer Willensbildungsprozesse im Netz“. Ich begrüße alle Gäste im Saal sehr herzlich, aber natürlich auch diejenigen, die den Livestream auf www.bundestag.de verfolgen.

Wir haben zu diesem öffentlichen Fachgespräch fünf Sachverständige eingeladen, die ich Ihnen jetzt vorstelle. Professor Dr. Simon Hegelich von der Hochschule für Politik an der Technischen Universität München, herzlich willkommen, Herr Professor Hegelich. Dann Herr Daniel Fiene, Leiter Redaktionelle Digitalstrategie der Rheinischen Post, herzlich willkommen. Herr Professor Dr. Christian Stöcker, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, herzlich willkommen, Herr Professor Stöcker. Und Herr Markus Reuter, Redakteur Netzpolitik.org und Frau Christina Dinar, Amadeu Antonio Stiftung, auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Das Thema klingt sehr spannend. Die eine Frage lautet, hatten gefälschte Nachrichten, sogenannte „Fake News“, Einfluss auf die Wahlen in Amerika. Haben sie möglicherweise Einfluss auf die Wahlen in Europa, die wir in diesem Jahr durchführen, oder auf andere gesellschaftliche Prozesse? Und manipulieren sie die demokratische Willensbildung? Das andere betrifft die Social Bots. Das sind automatisierte Computer-Programme, die auch automatische Antworten, zum Beispiel auf Hashtags, geben. Das Dritte ist die

Umgehung von Sicherheitssystemen, sogenannter „Hacks“, die auch Einfluss auf die Willensbildung haben können.

Gefragt wird, wie sieht die politische Regulierung aus. Muss reguliert werden? Darf reguliert werden? Wie stark muss reguliert werden? Diesen Fragen wollen wir nachgehen. Gibt es bei einer zu starken Regulierung Eingriffe in den Meinungsbildungsprozess? Oder sind das alles, wie wir jetzt gelernt haben, alternative Fakten? Wir müssen diesen Fragen heute auf die Spur gehen.

Ich sage noch etwas zu unserer Verfahrensweise hier. Die Sachverständigen halten zuerst ein fünfminütiges Eingangsstatement. Danach treten wir ein in die erste Fragerunde der Fraktionen. Diese Fragen sammeln wir. Die Abgeordneten haben drei Minuten Zeit, ihre Statements oder ihre Fragen zu stellen. Nach dem Sammeln der Fragen antworten die Sachverständigen ebenfalls innerhalb von drei Minuten.

In der zweiten Fragerunde geht es nach der Wortmeldung aus den Reihen der Fraktionen. Da haben die Abgeordneten auch jeweils drei Minuten Zeit, eine Frage an einen Sachverständigen zu stellen, und dann wird gleich im Anschluss auf diese Frage von dem Sachverständigen geantwortet.

Es wird ein Wortprotokoll angefertigt. Dafür braucht man ein geöffnetes Mikrofon. Bitte denken Sie daran und schließen Sie anschließend bitte wieder das Mikrofon, damit es keine Rückkopplungen gibt. Soweit ist alles klar, die Verfahrensweise ist auch klar. Es gibt keine Widersprüche. Deshalb werden wir so verfahren. Ich gebe als erstes das Wort an Herrn Professor Hegelich für sein Eingangsstatement, bitte schön.

SV Prof. Dr. Simon Hegelich: Erst einmal ganz herzlichen Dank für die Einladung, ich freue mich wirklich sehr darüber. Was kann man in fünf Minuten sagen? Zum einen, ich glaube, es gibt eine



gewisse Pendelbewegung, was die Aufmerksamkeit zu diesem Thema anbelangt. Vor eineinhalb Jahren hat sich niemand so recht mit dem Thema beschäftigt. Dann wurde es plötzlich sehr groß. Jetzt schwingt es vielleicht auch wieder ein bisschen zurück, und man liest auch heute in den Medien, dass das Übertreibungen sind und keine empirische Grundlage für Regulierung gegeben wäre. Dazu möchte ich sagen, es ist immer wichtig, dass man vorsichtig bei solchen Sachen agiert. Diese drei Themen „Bots“, „Fake News“, und - ich sag mal - „gezielte Propaganda“ sind sehr schwierig empirisch zu erfassen und zu analysieren. Es ist sicherlich auch so, dass man jetzt nicht in eine „Trump-Panik“ verfallen sollte. Ich glaube, dass wir in Deutschland eine andere Situation haben als in den USA. Unabhängig davon ist es aber schon so, dass wir feststellen können, dass es auch empirisch diverse Manipulationen gibt, dass im Prinzip eigentlich jede politische Debatte, die in den sozialen Netzwerken geführt wird, inzwischen manipuliert ist im Sinne, dass wir Beiträge haben, die darauf zielen, den Schein einer Quantität zu erzeugen, der eigentlich nicht den Tatsachen entspricht. Das heißt also, wir finden überall Bots, wir finden überall sogenannte „hyperaktive“ Nutzer, die systematisch zum Beispiel alle Beiträge auf bestimmten Seiten „ liken“ oder weiterversenden.

Was ich hilfreich finde ist, dass man bei diesem Phänomen der Manipulation versucht zu unterscheiden. In der Computersicherheitstechnik ist man gewohnt, von unterschiedlichen Bedrohungsszenarien auszugehen. Nicht alles, was möglich ist, ist deshalb ein Risiko, nur weil es möglich ist. Wir stellen fest, dass es auf der einen Seite etwas gibt, was ich „Low-quality-high-frequency-Manipulation“ nennen würde. Das heißt, wir haben bestimmte Techniken, wie zum Beispiel Social Bots, die eigentlich vom Inhalt her ziemlich schnell zu durchschauen sind. Die bergen aber trotzdem ein gewisses Risiko, weil sie in einer unheimlichen hohen Frequenz Nachrichten senden können.

Wir haben das Gegenstück davon, was wir im US-Wahlkampf auch sehen konnten. Wir haben „High-quality-slow-frequency-Manipulation“, wo gewisse Fake-News-Stories während eines langen Zeitraums über alle möglichen sozialen Netzwerke hinweg ausgebaut und zu ganz glaubwürdigen Geschichten entwickelt werden, die dann ganz langsam eine größere Verbreitung finden. Diese beiden Bedrohungsszenarien muss man getrennt voneinander betrachten, dann kommen wir da sicherlich auch weiter. Generell ist es wichtig erst einmal zu sehen, was in den sozialen Medien tatsächlich passiert. Selbst wir als Wissenschaftler sind im Moment noch relativ blind. Man darf auch nicht vergessen, dass wir da wirklich über Big-Data-Fragen reden. Das macht man nicht mal eben an einem Nachmittag. Insofern ist das vielleicht auch ein Ansatzpunkt, wo man etwas tun kann. Danke sehr.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Bei Ihnen hat das sehr gut geklappt. Aber noch ein Hinweis auf die Uhr. Das ist keine Saaldekoration, sondern ist für diejenigen, die gerade das Mikrofon haben, die Zeitbegrenzung. Es gibt einen zarten Gong als Signal, wenn die Zeit überschritten wurde, dass man so langsam zum Ende kommen sollte. Hat wunderbar geklappt. Herr Fiene, Sie haben das Wort, bitte schön.

SV Daniel Fiene: Vielen Dank für die Einladung. Ich würde gerne meine praktische Sicht auf das Thema geben. Diese kommt aus zwei Bereichen, einmal, beim Thema Digitalstrategie, von der Rheinischen Post. Dazu gehört das Thema „Audience Engagement“, also auch das Community Management Social Media. Das sind genau die Fragen, mit denen wir uns in den letzten Monaten sehr intensiv beschäftigt haben - auch was es heißt, welchen Einfluss Fake News und Hate Speech auf die Diskussionskultur haben. Was lässt man zu, was lässt man nicht zu? Der andere Bereich ist meine journalistische Tätigkeit. Durch die Moderation eines regelmäßigen Medienmaga-



zins haben wir in den letzten Jahren viele politische Wahlkämpfe begleitet und den Einfluss der Social Media darauf angeschaut. Die aktuellen Entwicklungen geben auch in der Praxis wirklich Anlass zur Sorge. Den Hype-Begriff „Fake News“ halte ich inzwischen für total unbrauchbar, das hat auch strategische Gründe.

Wenn man sich zum Beispiel anschaut, was die populistische Website „Breitbart News“ in den USA, die auch schon ihren Start in Deutschland angekündigt hat, tatsächlich berichtet, welche Strategie sich dahinter befindet, dann ist es nicht so, dass alles, was dort veröffentlicht wird, falsch ist und dass dort nur unsauber gearbeitet wird. Aber sie sind halt ganz groß darin, Zweifel zu säen. Wenn das nicht den eigenen Maßstäben entspricht, sind das Fake News. Gleiches gilt, wenn sich der US-Präsident hinstellt und mit Journalisten spricht, deren Meinungsbild sich nicht mit seinem deckt. Er bezeichnet deren Aussage dann als Fake News. So wird dieser Begriff richtig ausgehöhlt. Und von der eigentlichen Problematik, über die wir aus meiner Sicht hier sprechen sollten, nämlich die gezielte Falschinformation mit dem Ziel, Strukturen zu destabilisieren, wird abgelenkt. Das wird dann auch bereitwillig von der Allgemeinheit übernommen.

Beispielhaft nehme ich einen Fall aus der vergangenen Woche hier in Deutschland. Als das Bundesverfassungsgericht das Urteil zum NPD-Verbot verkündet hat, wurde dies von vielen Medien - man muss leider sagen, von vielen Medien zunächst falsch - geteilt, und die Allgemeinheit hat zunächst auch ganz laut „Fake News!“ gerufen. Eine ordentliche Diskussion ist da nicht möglich, obwohl das auf jeden Fall ein großes Problem ist. Vor allen Dingen, wenn man sich anschaut, dass auch schon im journalistischem Umfeld hier in Deutschland Journalisten im Netz diskreditiert werden. Es werden Verschwörungstheorien gegen sie entwickelt.

Ich habe mir mal einen Fall genauer angeschaut.

Da war es so, dass eine richtige YouTube-Kampagne gegen diesen Journalisten gestartet worden ist, bei der aus unterschiedlichsten Quellen unzählige Verschwörungsvideos über den Journalisten, der im öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeitet, veröffentlicht worden sind. Diese Videos konnten nicht gelöscht werden. Die paar, die gelöscht worden sind, waren das Ergebnis eines vergebenen Kampfes, weil in der Zwischenzeit schon wieder zig neue hochgeladen worden sind. Die Plattformbetreiber - hier sollten wir nicht nur über Facebook reden, sondern auch über Plattformen wie YouTube, ich glaube, es ist ein bisschen aus dem Fokus gekommen, dass auch dort die Verbreitung von Fake News ein großes Problem ist - müssten viel stärker in die Pflicht genommen werden, tatsächlich zu handeln. Aber den Plattformen obliegt nicht die alleinige Verantwortung. Man sollte bei sämtlichen Lösungsansätzen auch viel stärker die Quellen adressieren. Das ist mir in den vergangenen Diskussionen, die ich hier in Deutschland beobachtet habe, bisher zu kurz gekommen. Man kann sich nicht ausschließlich auf die Plattformen konzentrieren, sondern sollte sich auch mit den Absendern beschäftigen. Ein wichtiger Teil ist, dass wir vieles noch nicht wissen. Das sehe ich auch, wenn wir uns medial damit beschäftigen, wenn wir mit Wissenschaftlern sprechen. Die sagen einfach „Wir sind noch nicht so weit, es ist noch alles ganz am Anfang“. Ich glaube, hier muss auch noch sehr viel passieren. Soweit ein erster Eindruck von meiner Seite.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Fiene. Herr Professor Stöcker, Sie haben das Wort, bitte schön.

SV Prof. Dr. Christian Stöcker: Ich danke auch ganz herzlich für die Einladung. Wir reden im Moment über die sehr konkreten Begriffe „Bots“, „Fake News“ usw. Ich glaube, dass wir es mit einem sehr komplexen, multikausalen Geschehen zu tun haben. Ich würde gerne aufzählen, welche Faktoren die Digitalisierung in den letzten paar



Jahren mit sich gebracht hat, und die dazu führten, dass wir in der Situation sind, in der wir jetzt sind.

Ich glaube, das Feld ist größer, als wir es jetzt sehen. Einmal haben wir die Entmachtung, oder teilweise Entmachtung, traditioneller Geld-Keeper, also der traditionellen Medienhäuser und Rundfunkanstalten. Das spielt eine Rolle in dem Ganzen. Außerdem ist - der Begriff ist noch gar nicht gefallen - die algorithmische Sortierung von Medieninhalten und von anderen Inhalten, sowohl bei den Suchmaschinen als auch in sozialen Netzwerken, ebenso wichtig wie die Tatsache, dass Transaktionskosten für Publikationen so stark gesunken sind, dass sogenannte „alternative Medien“ sich jetzt relativ leicht aufbauen lassen, und diese unter Umständen nach ganz anderen oder nach gar keinen Standards arbeiten als traditionelle Medienhäuser - zum Teil mit eindeutig propagandistischer Absicht. Und das muss nicht unbedingt über Fake News passieren, sondern unter Umständen mit „Fear, Uncertainty and Doubt“ (Angst, Unsicherheit und Zweifel) oder mit einem entsprechenden Spin (Verdrehung) zu Dingen, die möglicherweise im Kern tatsächlich stimmen.

Ein anderer wichtiger Punkt ist, dass die Grenze zwischen interpersonaler und öffentlicher Kommunikation verschwunden ist. Das führt zu diesem anderen Kommunikationsklima, das wir jetzt haben. Das wiederum hat etwas mit dem zu tun, was wir jetzt relativ unpräzise unter „Hate Speech“ fassen. Die Leute reden miteinander, als ob sie privat miteinander reden würden. Das sieht dann oft sehr unschön aus. Dann die Präsenz - das ist möglicherweise sogar wichtiger als die Bots von realen oder erfundenen Personen, die politische Debatten sehr gezielt zu beeinflussen versuchen. Dazu erzähle ich nachher gerne die eine oder andere Anekdote.

Ich glaube, der gezielt und kompetent operierende „Troll“ oder die „Sockenpuppe“ ist möglicherweise ein größeres Problem für uns im Augenblick als es die Bots sind. Die sind eher so etwas wie

ein Verstärker. Bots spielen natürlich eine Rolle. Wir haben auch automatisierte Kommunikation. Man kann sagen, sie sind eindeutig etabliert an vielen Fronten, sowohl im US-Wahlkampf als auch im Zusammenhang mit dem Brexit. Das funktioniert alles aber nur deshalb, weil wir insgesamt in Teilen der Bevölkerung ein gesunkenes Vertrauen in die traditionellen Medien und Institutionen haben. Das darf man nicht verleugnen. Das ist nicht nur der „rechte Rand“, sondern das hören Sie auch in Berufsschulen oder an Hochschulen. Da hören Sie zum Teil erstaunliche Dinge. Ich zitiere: „Ich informiere mich lieber bei YouTube, weil in der Tagesschau bringen die eh nur das, was ihnen gesagt wird“. Das ist ein Problem, das geht man nicht an, indem man Bots reguliert.

Was in der Kommunikation passiert, ist, dass die politische Debatte stärker polarisiert und zum Teil verzerrt wird. Es entsteht ein falsches Bild davon, wie die politische Debatte tatsächlich verläuft. Dabei spielen Bots wahrscheinlich eine relativ große Rolle, zumindest was das Volumen angeht. Gleichzeitig - darüber haben wir auch noch nicht geredet - wächst die Verwundbarkeit für gezielte Desinformation und Propagandaangriffe. Da spielen aber all diese Faktoren zusammen. Ich persönlich glaube, dass es gezielte Desinformation und Propagandaangriffe von interessierter Seite gibt, vielleicht nicht nur von einer. Wir wissen zum Beispiel aus dem US-Wahlkampf, dass es natürlich Bots gab, die Werbung für Trump gemacht haben. Aber es gab auch Bots, die Werbung für Hillary Clinton gemacht haben. Es ist nicht so, dass es „eindeutig gute (Bots)“ und „eindeutig böse (Bots)“ gibt, und nur die Bösen setzen böse Methoden ein und die Guten machen gar nichts. Das ist ein Problem, auf das die Gesellschaft reagieren muss. Es existiert ein Problem und die Gesellschaft muss(!) darauf reagieren. Ich glaube aber nicht, dass sie notwendigerweise primär und ausschließlich mit regulatorischen Maßnahmen darauf reagieren kann. Deswegen habe ich diese lange Aufzählung gemacht. Das Konglomerat der



Dinge, die da eine Rolle spielen, ist so komplex, da kommen Sie nicht mit einem Gesetz weiter. Sondern da spielt Bildung eine Rolle, da spielt die Art und Weise, wie öffentlich kommuniziert wird, eine Rolle. Da spielt auch die Selbsthygiene des deutschen Mediensystems eine Rolle.

Die Debatte über Fake News - Stefan Niggemeier hat es heute noch einmal groß aufgeschrieben. Es gibt natürlich auch in Deutschland Medien - auch klassische Mainstream-Medien -, die Dinge berichten, die einfach Quatsch sind. Solange das der Fall ist, ist es natürlich relativ schwierig zu sagen „das sind die bösen Propagandisten“. Damit bin ich auch schon am Ende.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Professor Stöcker. Herr Reuter, Ihr Eingangsstatement bitte.

SV Markus Reuter: Vielen Dank für die Einladung. Ich beschäftige mich schon seit längerem mit Falschmeldungen aller Art, das reicht von den Tatarenmeldungen, die eine Kriegspropaganda im 19. Jahrhundert sind, bis hin zu Falschmeldungen und Fakes der „Yes Men“, gefeierte Aktionskünstler, die mit ihren politischen Streichen viel Aufsehen erregt haben. Das ist kein neues Phänomen, aber es ist ein weit gefasstes Phänomen. Generell ist in der Debatte festzustellen, dass alles in einen Topf geworfen wird: Hate Speech, Fake News, Social Bots, Troll-Armeen, Hackerangriffe. Das gehört alles irgendwie zusammen, aber ich glaube, man muss diese Phänomene voneinander trennen. In Deutschland, würde ich sagen, sind meiner Erfahrung nach eine der am weitesten verbreiteten Art von Fake News fremdenfeindliche Gerüchte über angeblich kriminelle Ausländer und Geflüchtete. Ich sehe hinter diesen Gerüchten oder Fake News eigentlich nicht einen bösen Player, der die Fäden in der Hand hält und das steuert, sondern da hat sich eine Praxis in den sozialen Netzwerken eingebürgert oder eine rechte Strategie. Was ich an dem Beispiel ganz schön finde, ist, dass Polizei und Medien bei der Enttarnung dieser Fake News mit aufklärenden Projekten sehr dagegen

halten und zeigen, dass man die Sachen dekonstruieren und dementieren und eben auch bekämpfen kann, ohne zu regulieren.

Grundsätzlich sehe ich ein Problem darin, dass es bei vielen der Maßnahmen gegen Social Bots und Fake News, die jetzt im Raum stehen, sehr schnell zu Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten kommt. Gleichzeitig verschiebt sich bei vielen Vorschlägen, die ich gehört habe, die Entscheidung über Meinungsfreiheit von Gerichten hin zu den Plattformen.

In Sachen Fake News sehe ich als großes Problem, wer nach welchen Kriterien entscheiden soll, was wahr und was falsch ist. Es gibt immer viele Sichten auf ein Thema. Wir alle tendieren dazu, dass wir Dinge, die uns nicht gefallen, als falsch wahrnehmen. Es lassen sich natürlich einfache Tatsachenbehauptungen mit ein bisschen journalistischem Handwerkszeug überprüfen und widerlegen. So, wie das US-Präsident Trump nach dem ersten Auftritt seines Sprechers erfahren musste. Wenn ich Bilder habe, auf denen ich etwas sehen kann und sage „guck mal, das ist aber der Vergleich“, dann ist das relativ einfach. Aber was ist mit polarisierenden Meinungsäußerungen? Was ist mit vereinfachten und leicht verzerrenden Aussagen eines Abgeordneten in einer Talkshow? Da haben wir relativ schnell relativ ernsthafte Probleme, wenn wir versuchen, „die eine Wahrheit“ zu finden.

Ich glaube, wir wissen noch relativ wenig über Fake News und über Bots. Da steckt die Wissenschaft noch in den Anfängen. Es ist klar, dass da überall etwas passiert. Es sind auch nicht nur politische Sachen. Mir sind bei meinen Recherchen Netzwerke aufgefallen, in denen auf einmal Bots für die Bauwirtschaft aktiv sind. Warum? Ich weiß nicht, vielleicht aus Suchmaschinenoptimierungsgründen oder einfach, um die Relevanz zu erhöhen. Das ist generell ein Problem, das es nicht nur in der politischen Sphäre gibt. Ich finde aber, dass sich die Diskussion momentan ein bisschen anfühlt, als werde durch die Phänomene innerhalb



der nächsten Monate unsere Demokratie zerstört. Ich halte das für alarmistisch und würde angesichts der noch relativ dünnen empirischen Grundlage dazu raten, sich ein wenig zurückzulehnen und zu schauen, wie man in diesem Wahlkampfjahr diese Phänomene erforschen kann. Und wie man funktionierende Abwehrmechanismen, die es schon gibt und die jetzt überall ausprobiert werden - alle Leute sind jetzt sensibilisiert -, einsetzen kann gegen diese Phänomene.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Reuter. Jetzt als Letzte in dieser Runde Frau Dinar, Ihr Eingangsstatement bitte.

Sve Christina Dinar: Vielen Dank für die Einladung. Lassen Sie mich folgende Perspektive einbringen: Über wen reden wir eigentlich? Wer wird eigentlich wo im Web 2.0 beeinflusst und wer ist von Fake News und von vermeintlich nicht erkennbaren Social Bots betroffen? Um was für eine Gruppe von Menschen handelt es sich? Wir wissen von circa 24 bis 29 Millionen User auf Facebook im deutschsprachigen Web. Auf Twitter schwanken die Zahlen. Es wird von einer Million aktiven User ausgegangen. Bei beiden Nutzergruppen existiert ein großer Anteil sogenannter bildungsferner Milieus. Bei Facebook ist es laut Statistiker fast die Hälfte. Der Anteil junger Menschen beträgt dort zwei Drittel. Diese Zielgruppe hat die Präventionsarbeit schon lange im Blick, bereits seit 2010 besonders unter der Frage, welcher Mobilisierung und Propaganda sie durch rechtsextreme Inhalte ausgesetzt sind.

Fast 80 Prozent aller Jugendlichen nutzen Facebook als Informationsintermediäre. Das heißt, sie erhalten darüber Nachrichten. Sie geben dem häufig viel mehr Gehalt als klassischen Medien. 30 Prozent wissen, dass sie unseriöse Medienquellen über Freunde erhalten haben. Aber vielleicht auch interessant oder wichtig zu der Frage „Was ist mit Social Bots?“: Information, die ich über Freunde oder aus Quellen, die ich kenne, erhalte, wird immer noch höher gewichtet als ein glaubwürdiger und gut programmierter Social Bot.

Aus meiner Arbeitserfahrung bei Wikimedia mit der Wikipedia-Community und auch für die Stiftung weiß ich, dass der Gehalt und die Einflussnahme im Internet auch bei Erwachsenen immer noch stark geprägt von den mittelnden Personen ist, also vom realen User. Beim Erstarken rechts-populistischer Bewegungen haben sich nach unserer Beobachtung die allgemeinen Verschleierte taktiken im Netz nochmal verstärkt. Das meint nicht nur Bots, sondern auch die Formierung vermeintlicher Meinungsführerschaften über Interaktion, Like-Zahlen und Followerschaften. Sogenannte Fake News, ein Begriff, den ich auch kritisiere, bezeichnen Nachrichten, die nicht auf Fakten basieren und als legitime Nachricht erscheinen. Dieser Begriff wird aber auch gerne von einschlägigen politischen Personen missbräuchlich genutzt, um jene News zu markieren, die nicht die eigene Meinung wiedergeben, aber nach journalistischen Standards verfasst wurden.

Es gilt also, nicht auf die Verhandlung von Meinungsprozessen mit Bots und technischen Mitteln zu blicken. Vielmehr sind User herausgefordert, inhaltlich und medial stärker zu hinterfragen, einzuordnen, zu reflektieren, was sie sehen, posten, liken und insbesondere, wen sie damit womöglich unterstützen. Hier sind wir mitten in der Frage nach dem häufigsten Stichwort in der Lösungsskizze „Medienkompetenz“, ich würde eher „Medienbildung“ sagen. Was unterscheidet ein Fakt vom Gerücht, was sind Informationen, die aus dem Kontext gerissen werden, welche Interessen verfolgen die jeweiligen Quellen, woher kommen sie? Unwahre Nachrichten, Gerüchte und Meldungen, sie alle tragen dazu bei, dass sich das Kommunikationsklima in den sozialen Netzwerken wandelt und gewandelt hat, dass Sagbares verschoben wird und Schranken beim sogenannten „echten“ User fallen. Social Bots können dies verstärken - das nehmen wir auch so wahr - und dieses Kommunikationsklima befördern, indem sich völlig problemlos mit Klarnamen diskriminierend oder menschenverachtend geäußert wird.



Diese Form von Hate Speech als Diskriminierungsform im Netz speist sich aber letztlich aus einer menschenfeindlichen Grundhaltung derer, die sie einsetzen. Die Hate Speech wurde 1997 vom Ministerkomitee des Europarats definiert und umfasst jede Ausdrucksform, die Rassenhass, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder andere Form von Hass propagieren, fördern sowie rechtfertigt. Einerseits müssen eindeutige Rechtsverletzungen maßgeblich schneller verfolgt werden und bestehendes Recht etabliert werden. Wir wollen aber vor allen Dingen auch sagen, dass es sich bei Hate Speech um eine diskriminierende Form von Abwertung aufgrund der Zuschreibung einer Gruppe handelt. Das gibt auch die Grauzone her. Das heißt, Gegenmaßnahmen dazu sind weder eine Löschung der rassistischen Beleidigungen, die vielleicht vom Recht der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Die Antwort auf solche Formen von Hate Speech ist eine digitale demokratische Debattenkultur, die sich im Sinne des „Fair Debating“ einbringt, die überzeugende Gegenrede praktiziert und einen kommunikativen Klimawandel erstellt sowie befördert, indem sich mit Betroffenen solidarisiert wird, man Fakten und Haltung anbietet und ermutigt, den emanzipatorischen Raum zurückzuholen, den das Web 2.0 allen durch niederschwellige Zugänge, durch freien Zugang zu Information und eben durch eine fundierte demokratische Debattenkultur ermöglicht hat. Ein Bekämpfen von Bots wird auch diese Arbeit, die von der gesamten Zivilgesellschaft angenommen werden muss, nicht ersetzen können. Vielmehr möchte ich nochmal daran erinnern, wer sich mehrheitlich in den sozialen Medien bewegt und wer solchen Manipulationsprozessen wie Social Bots und Fake News ausgesetzt ist. Es sind vermutlich auch solche, die keine vertieften Grundkenntnisse der Debattenkultur haben und sich den Zugang zu sozialen Netzwerken, wie vermutlich fast alle hier, unbegleitet von Standards der Medienbildung autodidaktisch erschlossen haben. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank an die Sachverständigen für die Eingangsstatements. Ich eröffne jetzt die Fragerunde und gebe als erstes dem Kollegen Hansjörg Durz von der CDU/CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Abg. **Hansjörg Durz** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst ganz herzlichen Dank für Ihre Eingangsstatements. Ich halte es für sehr wichtig, diese öffentliche Diskussion zu führen. Denn für die Bewusstseinsbildung ist es zentral, dass der Öffentlichkeit und allen Nutzern von sozialen Netzwerken klar wird, dass schon in der Meinungsbildung einiges schief laufen kann bzw. schief läuft. Es ist auch deutlich geworden, dass das ganze Themengebiet sehr viel komplexer ist als die Reduzierung auf ein paar Schlagworte, die da aktuell in der öffentlichen Diskussion stehen, weismachen will. Wie müssen ganz sauber definieren, über was wir eigentlich reden. Deswegen möchte ich mich zunächst einmal nur auf das Thema „Social Bots“ konzentrieren. Ich glaube, wir müssen wirklich sauber differenzieren. Wir müssen auch in der Sprache klar sein, damit die Menschen überhaupt verstehen, über was wir reden. Es ist in der digitalen Welt manchmal schwierig, so zu reden, dass die Menschen es auch tatsächlich verstehen.

Meine Fragen zu Social Bots gehen zunächst an Herrn Professor Hegelich. Es gibt verschiedene Vorschläge, wie mit Social Bots zu verfahren oder umzugehen ist. Da geht es vom Verbot über das Thema „Straftat“ hin zur Kennzeichnung. Können wir die Social Bots überhaupt erfassen? Können wir die erkennen? Wie kann man so etwas überhaupt umsetzen? Ist das möglich?

Ist eine positive Kennzeichnung der realen Accounts nicht ein Lösungsansatz dafür, wie wir mit dem Thema Social Bots umgehen können?

Wir sprechen bei Social Bots hauptsächlich über die Plattform Twitter. Social Bots werden in den unterschiedlichen sozialen Netzwerken auch unterschiedlich stark genutzt. Das hat auch damit zu tun, inwieweit die Netzwerke den Einsatz überhaupt ermöglichen. Ist das beispielsweise ein Ansatzpunkt? Muss man da mit den sozialen Netzwerken entsprechend kommunizieren, dass man die Zugangsmöglichkeiten für Bots einschränkt?



Der **Vorsitzende**: Die Kollegin Dr. Petra Sitte hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Vielleicht kann man der Anregung des Kollegen folgen, dass wir tatsächlich zunächst eine Runde nur zu Social Bots machen, dann zu Fake News und zum Schluss zur Hate Speech.

Das ist jetzt eine sehr aufgeheizte Debatte, vor allem mit Blick auf die Bundestagswahl. Wie geht man mit Social Bots um? So mancher hat entdeckt, dass es das schon viele Jahre gibt und uns in unterschiedlicher Form begegnet. Da hat sich bislang so richtig niemand drum gekümmert, ob es als Spam oder als sonst etwas aufgetaucht ist oder ob es von Geheimdiensten - vorhin wurde der Begriff „Sockenpuppe“ genannt - gezielt genutzt wird. Mir ist neben der aufklärenden Situation, die wir sicher jetzt nutzen sollten, wichtig zu hören, wie könnte man denn damit umgehen. Da war vorhin die Kenntlichmachung schon kurz angerissen, inwieweit man das überhaupt verpflichtend begleiten könnte. Ich habe das Gefühl, gesetzlich wird das schwierig. Denn jene, die ich regeln würde, verstoßen jetzt schon gegen AGBs und ähnliches. Wenn sich Täter also davon nicht stören lassen, dann werden sie sich unter Umständen in der Absicht, die sie verfolgen, auch nicht von einer gesetzlichen Regelung stören lassen. Aber es gibt ja auch die Differenzierung zwischen den Bots, ich sage jetzt einmal gute und schlechte, also auch Dienstleistungen, auch Dienstleistungen im politischen Raum. Wie man damit umgehen könnte? Ich neige auch, wie in der Stellungnahme von Markus Reuter beschrieben, zur Vorsicht und dazu, weitere Studien abzuwarten.

Heute ist auf heise-online erwähnt worden, dass es eine Studie gibt, die den Wahlkampf in den USA reflektiert und sich damit befasst, inwieweit das dort eine Rolle gespielt hat. Dort wird zwar mehr auf Fake News abgehoben, aber das gilt vielleicht auch für Social Bots. Deshalb wäre Ihre Sicht auf die Frage für mich interessant, ob denn gesetzliche Regelungen tatsächlich im politischen

Raum diskutiert werden sollten oder ob wir nicht dabei eine Menge Kollateralschäden erzielen würden. Umgekehrt, wie könnte man denn technisch damit umgehen, um dort für mehr Transparenz und Klarstellung zu sorgen? Meine Fragen richten sich an Herrn Reuter.

Der **Vorsitzende**: Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Lars Klingbeil das Wort, bitte schön.

Abg. **Lars Klingbeil** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, herzlichen Dank für die Eingangstatements. Frau Kollegin Dr. Sitte, Sie bringen mich jetzt an ein Problem, weil ich zu Social Bots gar nichts fragen will. Dazu sind ein paar Sachen angesprochen. Ich würde mir gerne das Recht herausnehmen, jetzt zu einem anderen Komplex zu fragen.

Ich stimme dem zum, was schon ein paarmal gesagt wurde, dass der Begriff „Fake News“ höchst problematisch ist, und will eigentlich zu strafrechtlichen Inhalten kommen, die wir in sozialen Netzwerken haben. Darüber diskutieren wir sehr viel und Sie bekommen auch mit, dass wir in der Koalition darüber nachdenken, ob wir gesetzgeberisch tätig werden müssen. Für mich ist die Frage, ob Sie auch diesen Bedarf sehen. Herr Professor Stöcker, Sie haben angesprochen, Sie würden das nicht in erster Linie sehen, aber haben es nicht komplett ausgeschlossen, wenn ich das richtig verstanden habe. Meine erste Frage lautet: Brauchen wir Änderungen im Telemediengesetz, wenn es um den Umgang mit strafrechtlich relevanten Inhalten auf sozialen Plattformen geht? Die zweite Frage ist: Was halten Sie von der Diskussion, dass man das Presserecht auf soziale Netzwerke anwenden sollte.

Der **Vorsitzende**: Der Kollege Dieter Janecek hat das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte schön.

Abg. **Dieter Janecek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich persönlich glaube nicht, dass die US-Wahl durch Fake News entschieden worden



ist. Ich glaube auch nicht, dass die deutschen Bundestagswahlen dadurch vorrangig entschieden werden. Deswegen ist es schon gut, dass wir eine Diskussion führen, die auf das Phänomen eingegrenzt Bezug nimmt und trotzdem die Gefahr nicht leugnet. Aber diese völlig übertriebene Debatte, dass alles nur noch von Fake News und Social Bots im politischen Raum definiert ist, finde ich nicht sehr zielführend für unseren politischen Raum. Denn dann vernachlässigen wir die eigentlichen Themen.

Soweit mein Eingangsstatement, und in dem Kontext meine Fragen an Frau Dinar von der Amadeu Antonio Stiftung. Sie sind in dem Feld Zivilgesellschaft und Kampf gegen rechtsextremistische Bestrebungen dem sehr stark ausgesetzt, gezielter Verbreitung von Desinformation, vielleicht auch etwas in dem Bereich strafrechtlich relevanter Desinformation, wenn es dann um Straftatbestände von Beleidigung und ähnlichem geht oder auch übler Nachrede usw. Können Sie das Umfeld beschreiben, in dem Sie agieren, wie Sie agieren, wie Sie damit umgehen? Brauchen wir so etwas, wie beispielsweise die ARD jetzt anfängt oder auch Facebook, wie korrektive Gatekeeper (Torwächter)? Medien, die versuchen, einen Wahrheits- oder Faktencheck zu etablieren, oder ist das auch kontraproduktiv? Was sind die Trends, die Sie erwarten? Ist das ein Phänomen, das jetzt da ist und jedes Jahr stärker zunimmt, so dass wir förmlich ertrinken in dieser Masse an Desinformation? Das sind die Fragen, die ich gerne von Ihnen beleuchtet hätte.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, das war die erste Fragerunde. Wir kommen zur Beantwortung. Herr Professor Hegelich, die Fragen von Herrn Durz, bitte.

SV **Prof. Dr. Simon Hegelich**: Ich nehme Bezug auf die technischen Aspekte. Man muss ganz klar sagen, es ist kein Problem, morgen alle Social Bots in den sozialen Netzwerken auszuschalten, wenn man das möchte. Das Prinzip ist, dass es eine Pro-

grammierschnittstelle gibt, die die sozialen Netzwerke zur Verfügung stellen. Das heißt, nur darüber kann ich mit einem Computerprogramm gezielt Inhalte posten oder andere Inhalte „likern“ und so weiter. Wären diese Schnittstellen geschlossen, gebe es keine Bots mehr, obwohl, man kann sich natürlich immer noch etwas ausdenken. Jedes System kann man irgendwie umgehen. Aber das Problem gebe es dann technisch nicht mehr. Es hätte aber umgekehrt zur Folge, dass ganz viele der Inhalte, die im Moment in den sozialen Netzwerken gepostet werden, nicht mehr gepostet werden könnten.

Bei Twitter ist es so, dass mittlerweile zwei Drittel der Inhalte, die die Leute auf Twitter sehen, gar nicht wirklich auf Twitter gesehen werden, sondern auf anderen Webpages, die Twitter einbinden. Das heißt, auch diese Services funktionieren genau über diese APIs, über diese Schnittstellen. Umgekehrt heißt das aber, dass es durchaus möglich ist, rein technisch gesehen. Man muss die Schnittstellen auch nicht schließen, sondern man könnte jeden Beitrag, der in den sozialen Netzwerken über eine solche automatisierte Schnittstelle erstellt wird, als automatisiert kennzeichnen. Das würde dann aber heißen, dass zum Beispiel 90 Prozent der Sachen, die von „Spiegel Online“ oder anderen Medien gepostet werden, als automatisch generierter Inhalt gekennzeichnet würden, weil die auch alle diese Schnittstellen benutzen.

Technisch gesehen ist also eine Kennzeichnung möglich. Was das Prinzip der Social Bots angeht, da definieren wir das eigentlich so, dass wir sagen, Social Bots sind Fake Accounts, die vorgeben, echte Menschen zu sein. Da gibt es meiner Meinung nach tatsächlich keinen Grund dafür, dass man so etwas in den sozialen Netzwerken zulassen muss. Es gibt eine große Reihe von sehr nützlichen Anwendungen für Bots in sozialen Netzwerken. Aber es gibt meiner Meinung nach keinen Grund, warum man nicht unterscheiden



können sollte, ob ich da gerade mit einer Maschine kommuniziere oder mit einem Menschen. Kennzeichnung wäre auf jeden Fall möglich. Der technische Aspekt mit den Schnittstellen ist ein wichtiger Grund, warum die Verbreitung von Bots auf diesen unterschiedlichen Plattformen auch unterschiedlich aussieht. Bei Twitter ist es sehr leicht. Instagram - redet kaum einer drüber - ist eigentlich ein „El Dorado“ für Bots, wenn man sich das anschaut. Bei Facebook ist es wesentlich schwieriger, deshalb haben wir da auch weniger Bots. Ein anderer Grund ist, dass die Struktur der Öffentlichkeit bei Facebook so ist, dass das Bot nicht jeden einfach erreichen kann. Man muss sich da in Freundschaftsnetzwerken bewegen. Das macht es für Bots unattraktiver. Das heißt aber nicht, dass die da nicht auch unterwegs sind, gerade auch wenn es darum geht, systematisch „Likes“ zu setzen oder Beiträge von bestimmten Seiten zu „sharen“. Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Die Fragen von der Kollegin Dr. Sitte beantwortet bitte Herr Reuter.

SV Markus Reuter: Die Kennzeichnung von künstlicher Intelligenz würde ich prinzipiell für eine gute Sache halten. Wir reden auch über nützliche Anwendungen, beispielsweise, wenn ich beim Kundenservice einer Firma anrufe und dort spricht ein Bot mit mir, dann ist es nett zu wissen, dass es kein Mensch ist. Das kann man machen. Ich weiß nicht, ob es gegen diese schlechten Bots hilft, denn die Leute werden das nicht kennzeichnen wollen. Generell sollten die Plattformen Wissenschaftlern und Forschern mehr Zugang zu den Schnittstellen geben. Das Problem ist, wenn ich heute Bot-Netze erforschen will und mit meinem Account dahingehe, kann ich eine Schnittstellenabfrage pro Minute machen. Das dauert dann 290 Tage, bis ich ein etwas größeres Bot-Netz analysiert habe. Da könnten die Plattformen einiges tun. Wir sind gerade mit einer Recherche zu Parteien und Bots befasst, was da so passiert. Wir müssen dafür Fake Accounts anlegen, damit wir mehr Schnittstellenabfragen machen können. Das

ist natürlich nicht sonderlich praktikabel.

Ich finde aber auch einen Punkt bei Bots wichtig. Wir können alle etwa tun; wenn man sich anschaut, was Journalisten tun können. Es hat sich jetzt eine beliebte Form der journalistischen Gattung herausgestellt, dieses „So reagiert das Netz“. Wenn ich aber weiß, da sind überall Bots unterwegs, dann kann ich halt nicht sagen „Frau Merkel hat 18 Stunden auf Twitter getrendet“. Diese ganzen Zahlen, die da übernommen werden, wie „Herr XY hat soundso viel Follower, deswegen ist er soundso wichtig!“ Da müssen wir einfach sehr vorsichtig sein und uns von den Zahlen auch distanzieren. Genauso können Nutzer auch vorgehen. Ich würde sagen, sehr viele Bots kann man noch erkennen. Also, wenn die nicht ganz so gut gemacht sind, kann ich anhand des Namens oder des Biographie-Textes viel erkennen. Man kriegt relativ schnell ein Gefühl dafür, wie man die erkennen kann. Das können eben auch Nutzer machen.

Der **Vorsitzende**: Herr Professor Stöcker für die Fragen vom Kollegen Klingbeil.

SV Prof. Dr. Christian Stöcker: Zur Frage „Brauchen wir eine Änderung des Telemediengesetzes für strafrechtlich relevante Inhalte?“ Ich bin kein Jurist. Aber ich glaube, es sind schon ausreichend viele Dinge verboten. Üble Nachrede ist verboten. Volksverhetzung ist verboten etc. Ich glaube, wir haben weniger das Problem, dass zu wenig verboten ist, das Problem ist ein ganz anderes. Nämlich, dass im Zeitalter der sozialen Medien eben Volksverhetzung und üble Nachrede skalieren. Aber das Justizsystem skaliert nicht. Das ist einfach eine Ressourcenfrage. Die kriegt man mit Gesetzesänderung nicht in den Griff.

Ganz kurz zum Thema „Gegendarstellungspflicht für Facebook“: Im Moment haben wir, glaube ich, tatsächlich die Situation - das zieht natürlich einen Rattenschwanz von Dingen, die man alle noch regeln muss, nach sich -, dass die Lüge im Zweifelsfall immer eine höhere Reichweite erzielt



als die Wahrheit. Denn die Lüge kann so gebaut werden, dass sie einfach besser skaliert in sozialen Medien. Sie ist interessanter, emotionaler, verblüffender, regt die Leute auf. So etwas geht in sozialen Medien. Dinge, die langweilig, aber richtig sind, gehen nicht. Das heißt, diesem Mechanismus, dass die Lüge im Zweifelsfall sich immer weiter verbreitet als die Richtigstellung, entgegenzutreten, halte ich für eine ganz gute Idee. Es wäre für Facebook auch technisch relativ problemlos möglich zu sagen, „Wenn ich in meinem Feed eine eindeutig falsche, gerichts feste, wie auch immer als falsch identifizierte Nachricht gesehen habe, kriege ich an gleicher Stelle für die gleiche Zeit auch die Richtigstellung angezeigt“. Dagegen wäre nichts zu sagen. Die Frage ist, und das meine ich mit „Rattenschwanz“, wie organisiere ich das. Die technische Umsetzung ist das kleinste Problem. Die Frage ist, wie identifiziere ich die Lüge und wer entscheidet, ob es tatsächlich eine Lüge ist, und auf welchem Weg wird dann die Richtigstellung herbeigeführt. Ich halte die Idee aber im Grundsatz für richtig.

Darf ich, obwohl ich nicht dazu gefragt worden bin, einen Satz zu den Bots sagen? Ich würde mich gerne Markus Reuter anschließen. Ich glaube, bei dem Thema „Bots - Kennzeichnungspflicht ja oder nein“, lohnt es sich, etwas weiter in die Zukunft zu gucken. Für die Gesellschaft wird die Frage, „Rede ich gerade mit einem Menschen oder nicht?“, relativ bald auch jenseits von Twitter Relevanz haben, wenn man sich anguckt, wie sich künstliche Intelligenz im Moment entwickelt. Wir haben als Gesellschaft durchaus das Recht zu sagen, „Ich möchte wissen, ob ich mit einer Maschine rede“. Das wäre in irgendeiner Form in Gesetze zu gießen, sozusagen als Statement der Gesellschaft. Einmal zu sagen: Wir wollen das nicht. Wir wollen nicht, dass Maschinen so tun, als wären sie Menschen, ist, glaube ich, eine Aufgabe, die dem Gesetzgeber gut anstehen würde. Wie ich das dann in Strafverfolgung umsetze, ist eine andere Frage.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Dinar, Sie haben die Fragen von Herrn Kollegen Janecek zu beantworten. Bitte schön.

SVe **Christina Dinar**: Bei der Umsetzung und Bekämpfung von Hate Speech geht es vor allen Dingen auch um strafrechtlich relevante Inhalte. Das wurde vorhin schon angesprochen. Es ist eher eine Frage der Um- und Durchsetzung, und da insbesondere eine Sache der dafür ausreichenden Ressourcen. Denn ich habe die Erfahrung gemacht, wenn da eine Anzeige ins Haus flattert und man sich wundert, wie das denn passiert ist, dann hat das eine erzieherische Maßnahme. Denn ich lerne, da draußen habe ich mich offensichtlich so verhalten, und das hat Konsequenzen. Das hat ganz lange einfach nicht so funktioniert. In dem Sinne hat man so zwei Stoßrichtungen. Das andere ist auch, dass wir halt möchten, dass keine stille Mitleserschaft entstanden ist. Dass vor allem dieses Klima, was entstanden ist, vor allem durch die Menschen selber, und auch wieder nur durch das Einbringen, geändert werden kann. Ich sehe vor allen Dingen auch an sehr vielen blinden Flecken im Bildungsbereich, dass das dort nicht aufgenommen wird. Dort kommt es aber dann immer eklatant zu Vorfällen. In dem Sinne auch noch einmal diese Frage „journalistische Standards“, ist das vielleicht auch etwas, was jeder erst einmal für sich als User bewerten sollte? Was ist ein Fakt, was ist eine Tatsache? Diese Einordnung, die vielleicht manch einer im humanistischen Gymnasium in der Debattier-AG hatte. Aber das hat eben nicht jeder gehabt und für das Internet schon gar nicht. Ich glaube, da läuft im Moment ganz viel durcheinander. Aber da ist auch die Ressource zu binden und Menschen die Chance zu geben, sich verstärkt sozusagen „empowernd [sic!]“ an das Netz zu wagen, was ich bis heute als einen „Ort“ empfinde, der unheimlich bestärkend und befreiend sein kann. Also, den sollte man auch nicht von der ganzen Hate Speech-Debatte und von diesen Durchsetzungen erschlagen lassen, sondern zurückholen.



Man könnte Beratungsstellen einrichten oder auch das Netz wieder vor Ort holen bei der Bekämpfung von Hate Speech, indem man sagt, „Ok, man implementiert das auf bestimmte Beratungsstellen. Wie gehe ich dagegen vor? Was kann ich tun? Was gehört in die Meinungsfreiheit? Und dann gucken wir, wie kann sich die Zivilgesellschaft da aktiv einbringen und vielleicht auch online wieder einbringen, wenn das von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Aber wenn es eine Form von Beleidigung war, dann sollte eher auf das bestehende Recht aufgesetzt werden. In der Beobachtung, wie sich das weiterentwickeln wird, glaube ich, dass sich das in der Präventionsarbeit und in der praktischen Umsetzung vermehrt dem sozialen Beratungsbereich annähern wird. Da wird auch versucht, das mit zu implementieren. Die Bedrohungsszenarien und dann da Schutz zu geben, das ist auch eine persönliche Erfahrung, die ich noch mitgeben will. Also, da schützend einzusetzen.

Der **Vorsitzende**: Ich eröffne die zweite Frageunde. Der Kollege Jarzombek hat sich als erster gemeldet und erhält das Wort. Bitte schön.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Zu dem letzten Gegenstand gibt es vielleicht unterschiedliche Meinungen. Meine Damen und Herren, ich würde gerne einen Fragenkomplex sowohl an Herrn Fiene als auch an Professor Stöcker richten, nämlich ob man für diese Meldestellen gesetzliche Mindeststandards definieren sollte. Denn darüber wird nun hinreichend lange diskutiert und da könnte man beispielsweise eine Bearbeitungszeit von 24 Stunden festlegen, egal, ob es um Hate Speech geht oder um persönliche Anfeindungen oder ehrabschneidende Dinge oder Bilder, die unangemessen sind, von extremer Gewalt etc. Da stehen mögliche Mindeststandards im Raum, beispielsweise eine Reaktion innerhalb von 24 Stunden. Was mir persönlich sehr wichtig ist, wäre das Thema „Transparenz“. Wir wissen bis heute nicht, wie bei Facebook die Regeln sind, nach denen Inhalte gelöscht werden. Man könnte da ein

ordentliches Widerspruchsverfahren organisieren, wo ich ebenfalls ein Defizit sehe. Also, wie kann ich mich eigentlich dagegen wehren, wenn mein Beitrag unberechtigt gelöscht wird? Letzten Endes geht es auch um Arbeitsschutzstandards. Denn ich gebe auch zu, es hat mich regelrecht schockiert, als ich gelesen habe, dass 600 Mitarbeiter für Facebook in einer nahezu zeitlich unbegrenzten Zeit sichten, wo wir von anderen Beschwerdestellen wie der des ECO wissen, dass da die Sichtszeit auf 8 Stunden in der Woche begrenzt ist, damit die Mitarbeiter keine psychischen Schäden nehmen. Denn es ist wohl auch sehr heftig, was da teilweise ankommt. Daher also meine Frage, wie Sie die Einführung gesetzlicher Mindeststandards für solche Meldestellen beurteilen.

Der **Vorsitzende**: Herr Fiene und Herr Professor Stöcker, Sie müssen sich die drei Minuten teilen. Herr Fiene beginnt, bitte schön.

SV **Daniel Fiene**: Ich glaube, grundsätzlich ist das vom Ansatz her ein guter Weg, weil wir da auch schon Analogien in anderen Bereichen haben, wo man schon gute Erfahrungen gemacht hat. Ob es jetzt genau 24 Stunden sein sollen, sei einmal dahingestellt. Wenn man sich das Volumen anschaut, was tatsächlich auch gemeldet wird, ist das vielleicht verständlich. Aber nach 24 Stunden sind gewisse Themen einfach schon durch und die schädliche Wirkung, die sich dann entfalten kann, ist dann nicht mehr einzuholen. Das ist das große Problem, dass es hier sehr schnell um Geschwindigkeit geht. Wenn eine Geschichte viral geht, große Aufmerksamkeit bekommt, dann geht das deutlich schneller als innerhalb von 24 Stunden. Ich glaube, das ist ein wichtiger Fakt.

Standards festzulegen ist auf jeden Fall schon ein richtiger Weg. Auf der anderen Seite glaube ich – um auch die Hinweise zum Presserecht nochmals aufzugreifen, also die Gegendarstellung, wo dann auch noch die Anmerkung war, wie man das vom Verfahren her umsetzen kann -, dass wir im Presserecht ein gelerntes Verfahren haben, was man auch analog einfach übertragen könnte. Ich



glaube, eine Mischung aus Standards und vielleicht Verfahren, die wir schon aus den klassischen Medien kennen, lassen sich durchaus auch auf soziale Netzwerke übertragen. Das ist für mich der praxisnaheste Ansatz, den wir zurzeit vor uns haben.

SV Prof. Dr. Christian Stöcker: Mir fällt auch keine bessere Lösung ein als gesetzliche Mindeststandards. Ich würde es aber anders formulieren. Meine Wahrnehmung im Moment ist, dass die Plattformen - das gilt nicht nur für Facebook, sondern auch für Google und YouTube - allesamt ihrer Verantwortung für die Meinungsbildung und für die Entwicklung von Öffentlichkeit nicht gerecht werden. Die Art und Weise, wie man bis jetzt versucht hat, ihnen beizukommen, scheint nicht besonders von Erfolg gekrönt zu sein. Vielleicht gibt es auch noch andere Ideen, als ein Gesetz zu machen. Ich habe im Moment keine. Aber dass es sinnvoll wäre, beispielsweise dafür zu sorgen, dass da deutlich mehr Ressourcen eingesetzt werden als es im Moment der Fall ist, weil das Volumen einfach viel zu groß ist, wäre sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Ich glaube, die finanziellen Mittel wären vermutlich auch da, um diese Ressourcen einzusetzen. Es ist eher eine Handlungsfrage, glaube ich, und möglicherweise muss man dieser Haltung dann doch mit etwas härteren Methoden nachhelfen.

Der Vorsitzende: Kollege Janecek, bitte schön.

Abg. Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die eine Frage geht an Professor Hegelich. Der Regulierungsrahmen für Social Bots, Stichwort Kennzeichnung, da waren wir uns hier einig zu sagen, es wäre sinnvoll, das umzusetzen. Was wäre aber, wenn sich Plattformbetreiber dem widersetzen? Haben wir Sanktionsmöglichkeiten, darauf einzugehen?

An Professor Stöcker geht die folgende Frage. Ich fand das sehr gut beschrieben, dass die Lüge so gebaut ist, dass sie sich viel schneller multipliziert als die Richtigstellung oder die Wahrheit, die

oft langweilig ist. Das ist natürlich kommunikationspsychologisch ein großes Problem für diejenigen, die im öffentlichen Raum gerne über Fakten reden wollen. Was wären denn Ihre Maßnahmen, dem zu begegnen? Eine Maßnahme ist, dass sehr stark darüber berichtet wird, wie Meinung im Internet mittlerweile auch „gebaut“ wird und wie die Mechanismen funktionieren. Aber das reicht vielleicht nicht. Aber da sind wir möglicherweise unterlegen als diejenigen, die gerne über die faktenbasierten Themen reden möchten.

Der Vorsitzende: Professor Hegelich und Professor Stöcker, bitte schön.

SV Prof. Dr. Simon Hegelich: Bei der Frage „Kann man eine Kennzeichnungspflicht durchsetzen?“ haben wir zwei Probleme. Das eine ist ein technisches Problem. Ich hatte das bereits angedeutet. Will man jetzt wirklich alles kennzeichnen, was über diese APIs kommt? Wenn man auf einem anderen Weg geht, dann hat man immer Verfahren, die man technisch auch umgehen kann. Zum Beispiel ist es im Moment so, dass man sich auf diesen ganzen sozialen Plattformen als Mensch registrieren muss. Man muss den Reverse Turing Test absolvieren, also dieses CAPTCHA-Verfahren (Completely Automated Public Turing test to tell Computers and Humans Apart). Was uns sofort zum zweiten Problem führt: Es ist das World Wide Web. Auch diese Fragen der Registrierung und der Umgehung von Registrierung sind ein internationaler Service, der angeboten wird. Es gibt Büros, zum Beispiel in Pakistan, wo ich - auch wieder über automatische Schnittstellen - CAPTCHA-Anfragen sofort hinschicken kann. Da sitzen dann Leute, die das in Echtzeit sofort für mich lösen, so dass ich auch riesige Mengen an CAPTCHA-Anfragen auf diese Art und Weise umgehen kann. Das Gleiche gilt dann auch wieder bei den Fake Accounts. Ich kann die aus dem Ausland einkaufen. Ich kann mir aus einem dritten Land ein Programm kaufen, mit dem ich das steuern kann. Sobald man anfängt und sagt, man möchte eigentlich nicht die ganz radikale Lösung,



bei der also alles, was automatisch erzeugt ist, auch gekennzeichnet wird, haben wir ein großes technisches Problem, was sich sofort übersetzt in „Welche Gerichtsbarkeit ist eigentlich zuständig dafür?“. Gleichzeitig kann man letzten Endes alles politisch regeln. In China ist Facebook nicht erlaubt. Die Möglichkeit gibt es aber natürlich schon.

SV Prof. Dr. Christian Stöcker: Ich versuche es ganz schnell. Eine richtig tolle Idee, wie man dafür sorgt, dass die Wahrheit ebenso gut skaliert wie die Lüge, habe ich nicht. Sonst wäre ich wahrscheinlich sehr reich. Ich glaube, dass dieser Gegendarstellungsansatz einer sein kann, der zumindest dafür sorgt, dass das in konkreten Fällen passiert. Das Andere ist – und das ist immer eine etwas unbefriedigende Antwort -: Ohne Bildung wird es nicht gehen. Man muss den Leuten beibringen, welche Mechanismen da am Werk sind und man muss eben auch mit politischer Bildung dafür sorgen, dass es die „rechten Rattenfänger“ nicht so leicht haben. Und man muss, glaube ich, insgesamt einen kritischeren Umgang mit dem, was einem da so vor die Füße gespült wird, lehren. Wir haben es mit einer Entwicklung zu tun, die so schnell verläuft, dass Elternhäuser überfordert sind. Also müssen es die Schulen machen. Es geht einfach nicht anders. Das muss auch relativ schnell geschehen, weil wir sonst einen Teil einer ganzen Kohorte verlieren.

Der **Vorsitzende:** Kollegin Dr. Sitte, bitte schön.

Abg. **Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.):** Ich habe eine Frage zu der Problematik, die im Raume steht, zur Problematik Richtigstellung/Gegendarstellung. Wenn man das auf den analogen Bereich bezieht, gibt es eine klare Regelung, wie das läuft. Nun sind aber die Plattformen nicht redaktionell verantwortlich. Wenn ich mir jetzt so vorstelle, was Herr Jarzombek gesagt hat, was doch relativ sympathisch klingt - wenn man das praktisch vollzieht, stelle ich mir vor, dass bei dieser Meldestelle oder beim Wahrheitsministerium oder wie

diese Stelle auch heißen mag, hunderte oder tausende von Wünschen oder Forderungen am Tag eingehen. Und diese Stelle sagt dann, das muss jetzt gelöscht werden, das ist einfach falsch, das stimmt nicht. Aber ich habe keine objektivierte Möglichkeit zu prüfen, wie das über den gerichtlichen Weg möglich ist. Eine Plattform wird sich auf solche Geschichten ungern einlassen. Also, entweder es kommt zu einem Ausschlagen des Pendels, so dass es dort unglaublich viele Löschungen gibt, dann aber auch Inhalte gelöscht werden, die der Wahrheit entsprechen, oder umgekehrt, es bleiben Inhalte stehen, deren Löschung aber durchaus berechtigt wäre. Das leuchtet mir noch nicht so ganz ein, denn es ist, wie Sie gesagt haben, kein technisches Problem, aber es gibt immer irgendwo einen Riesenaufwand, aber einen unattraktiven Aufwand. Deshalb kann ich mir das nicht so ganz vorstellen. Es gibt für mich noch eine zweite Komponente. Auch diese Entscheidung ist dann subjektiv. Es gibt keine doppelten Strukturen oder eine duale Struktur, wie man damit umgeht. Wir privatisieren das sozusagen, wir legen es in die Hoheit derer, die für die Plattform arbeiten. Das mag ich nicht so richtig. Ich habe das Gefühl, es gibt darüber hinaus - weil Sie auch selbst gesagt haben, es ist ein globales Problem - auch deutliche kulturelle Unterschiede in der Art, wie damit umgegangen wird. Deshalb ist bei mir die Frage aufgetaucht, ob Gegendarstellung und Richtigstellung synonym zu nutzende Begriffe sind. Oder könnten wir eine Richtigstellung nochmals aufgreifen, um ein wenig mehr Klarheit darüber zu erhalten, wie man damit umgehen kann? Meine Frage richtet sich an Herrn Reuter und an Herrn Professor Hegelich.

Der **Vorsitzende:** Dann bitte in der Reihenfolge.

SV Markus Reuter: Ich glaube, es ist unheimlich schwierig mit den 24 Stunden. Ich möchte ein kleines Beispiel geben. Eine Umweltorganisation veröffentlicht in einer achtzigseitigen Studie über Pflanzenschutzmittel, was sie für krebserregend hält. Eine überregionale Zeitung bringt dann einen



Artikel darüber und postet es auf Facebook. Jetzt findet das Agrochemie-Unternehmen die Studie falsch und irreführend. Sie wendet sich mit einem Abmahnschreiben an die Umweltschutzorganisation, aber auch an die Beschwerdestelle von Facebook, und will dort die sofortige Löschung erreichen. Jetzt hat Facebook 24 Stunden Zeit zu entscheiden, sonst muss Facebook ein Bußgeld von 500.000 Euro zahlen, so wie das im Raum stand. Wie wird sich Facebook entscheiden? Ich finde, es ist eine sehr schwierige Frage, bei der man eigentlich abwarten müsste, was denn das Gericht sagt. Erlässt es die einstweilige Verfügung oder nicht? Solche Fälle, wo Leute an Facebook herantreten und sagen „Mach das bitte weg!“, und Facebook dann eine Entscheidung zu treffen hat, wird es tausendfach geben. Aber das ganze führt zu einer privatisierten Rechtsdurchsetzung, wo Facebook in Personalunion Ermittler, Richter und Henker über Meinungsfreiheit ist. Das ist auf jeden Fall gefährlich. Gleichzeitig stimme ich natürlich darin zu, dass 24 Stunden bei einer Falschmeldung ein unglaublich langer Zeitraum sein kann.

SV Prof. Dr. Simon Hegelich: Dann ergänze ich die Antwort. Es sind wirklich nicht nur hundert oder tausend Meldungen am Tag, über die wir reden, sondern wir reden über Millionen von Meldungen. Man muss damit rechnen, dass, sobald es ein solches Meldesystem gibt, es genügend Borussia Dortmund-Fans geben wird, die jeden Transfer von Schalke als Fake News kennzeichnen. So funktioniert das Internet. Das heißt, natürlich wollen wir alle, dass schnell mit solchen Sachen umgegangen wird. Aber schnell bedeutet bei diesen Konzernen, über die wir reden, immer automatisch. Die haben nicht so viele Mitarbeiter und das ist auch gar nicht ihr Geschäftsmodell. Die wollen das Alles über Machine Learning (maschinelles Lernen) machen. Selbst wenn wir gute Algorithmen verwenden, die solche Sachen relativ gut auf bestehenden Daten entscheiden können, heißt „relativ gut“ immer noch, dass wir Klassifizierungsraten von über 95 Prozent haben. Das klingt jetzt

super, heißt aber auch, dass von einer Million Beiträgen, die täglich gemeldet werden, 5 Prozent fälschlicherweise qualifiziert werden. Diese Verfahren können ganz schlecht damit umgehen, wenn sich etwas tatsächlich ändert. Wenn wir beispielsweise eine neue Art von Hate Speech haben, dann wird das nicht erkannt.

Ein anderer Punkt ist allerdings die Sache mit der Gegendarstellung. Da stimme ich dem Kollegen völlig zu. Wenn jetzt irgendwie geklärt wäre, beispielsweise gerichtlich, dass es eine Gegendarstellung geben soll, dann ist es kein Problem für die sozialen Netzwerkbetreiber, genau der gleichen Person an genau der gleichen Stelle genau die Gegendarstellung einzublenden. Das ist technisch absolut machbar.

Der Vorsitzende: Der Kollege Schipanski hat das Wort, bitte schön.

Abg. Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, wir haben Vertreter der analogen Medien hier und ich glaube, das war auch bei den analogen Medien so, dass sich die Lüge natürlich schneller und einfacher verbreitet als die Wahrheit, unter Umständen auch besser verkaufen lässt. Wir haben in der analogen Welt - Frau Dr. Sitte hatte es ausgeführt - den Gegendarstellungsanspruch, den Richtigstellungsanspruch. Da haben wir genau das gleiche Phänomen, dass dieser unter Umständen viel zu spät kommt. Bis dato haben wir es aber so, dass dieser gerichtlich festgestellt wird. Seit dem EuGH-Urteil zu Google wissen wir, dass unter Umständen auch ein Plattformbetreiber haften kann, haften muss. Google hat eine entsprechende Gruppe eingerichtet, um dieses Recht auf Vergessen umsetzen zu können. Die Idee, die jetzt auch bei diesen Fake News im Raum steht, ist zu sagen: Muss nicht der Plattformbetreiber eines sozialen Mediums - zum Beispiel Facebook - auch für diese Fake News eine Art Beschwerdestelle einrichten? Wir haben uns das auch bei Eco angesehen. Daher die Frage ganz konkret an Herrn Fiene, der das auch aus der ana-



logen Welt kennt: Wie kann man eine solche Beschwerdestelle aufbauen? Thomas Jarzombek hatte nach einheitlichen Standards gefragt. Bis dato haben wir Rechtsprechung, bis dato machen das nur Gerichte. Man lagert das dann auf den privaten Plattformbetreiber aus. Aber dem muss ich natürlich in irgendeiner Art und Weise auch Vorgaben machen. Ich mache es eigentlich nur, weil die Gerichte nicht in der Lage sind, in der analogen Welt nicht, in der digitalen erst recht nicht, ausreichend schnell und zügig zu reagieren.

Weil wir über die Fake News sprechen, will ich abschließend noch darauf hinweisen, dass es auch bei Ihnen in der analogen Welt eine Wahrheitspflicht nicht gibt. Wir haben die journalistische Sorgfaltspflicht. Aber Sie sind alle nicht verpflichtet, die Wahrheit zu verbreiten. Von daher ist es besonders spannend, Frau Dr. Sitte hatte es auch angedeutet: Wer legt das dann fest? Mache ich das mit diesen Standards? Nehme ich die Rechtsprechung zu diesen Beschwerdestellen? Wie könnte man das machen? Die Frage geht an Herrn Fiene.

Der **Vorsitzende**: Bitte schön, Herr Fiene.

SV **Daniel Fiene**: Ich gehe zunächst auf das Meldeverfahren ein. Da ist erst einmal das Selbstverständnis von Facebook interessant. Facebook hat sich in den letzten Jahren immer mit Händen und Füßen dagegen gesträubt, als Medienunternehmen wahrgenommen zu werden. Ich glaube, das hat auch genau den Grund, sich hier in diesem Moment der Verantwortung entziehen zu können. Interessant ist, dass sich das gerade ein bisschen ändert. Mark Zuckerberg hat letztens gesagt, dass Facebook schon ein bisschen ein Medienunternehmen ist, wenn auch kein klassisches. Da kann man schon gucken, was machen die eigentlich? Was ist die Wirkung? Sie stellen Informationen zusammen, setzen auf große Verweildauer, weil sich das sehr gut vermarkten lässt. Das ist ein Geschäftsmodell, das auch jedes klassische Medium fährt. Dadurch wird auch Öffentlichkeit hergestellt. Das, was sie tun, ist den Medienprodukten

schon ähnlich. Deswegen sehe ich schon, dass Facebook eine ähnliche Verantwortung hat.

Bei den Meldeverfahren glaube ich, dass es ein guter Weg ist, den Sie jetzt beschreiten und auf dem Sie sich dann noch externe Partner ins Boot holen. Recherchebüro Correctiv ist als erster Partner gerade für die Überprüfung von Fake News geholt worden.

Wenn man sich das in anderen Bereichen anschaut, zum Beispiel die freiwillige Selbstkontrolle beim Jugendschutz, da haben wir schon Verfahren entwickelt, wenn auch in ganz anderen Bereichen, die gut funktionieren. Vielleicht würde ich auf der Ebene schauen, ob man Lösungen findet, die ähnlich gut funktionieren. Aber man sollte sich nicht allein auf das Meldeverfahren verlassen, sondern sich auch andere Sachen anschauen. Denn es ist tatsächlich so, dass soziale Netzwerke sehr gut an Fake News verdienen im Sinne von „Ich habe die Möglichkeit, wenn ich eine Nachricht einstelle, die auch zu sponsern, also ein Budget darauf zu legen. Dadurch wird sie amplifiziert und sehr gut verbreitet.“ Das heißt, die organische Reichweite wird dadurch, dass ich als Verbreiter Geld darauf lege, erhöht. Das ist durchaus lukrativ für die Anbieter. Ich glaube, da sehe ich auch einen Ansatzpunkt, nämlich zu sagen: Wenn ich schon eine Werbung entgegennehme, was ist das überhaupt für eine Werbung, für die ich da kassiere? Welche Verantwortung habe ich da? Das ist etwas ganz anderes als wenn man sich nur den organischen Bereich anschaut, den man bei Facebook vorfindet.

Der **Vorsitzende**: Die Kollegin Esken hat das Wort, bitte schön.

Abg. **Saskia Esken** (SPD) bestätigt, sowohl der Titel der Anhörung als auch der übersandte Fragenkatalog machten deutlich, um welches umfangreiche Thema es gehe. Es käme einer ziemlichen Überforderung gleich, diesen Komplex in Kürze regulieren zu wollen nach dem Motto: „Einfach



mal irgendwas verbieten und dann klappt es wieder“. Vor allem - da bin ich Herrn Professor Stöcker sehr dankbar -, wenn wir erkennen, dass unter dem ganzen Phänomen ein gesellschaftliches Problem liegt. Ich bin auch sehr dankbar für den Hinweis darauf, dass das Bildungssystem dort eine Aufgabe zu erfüllen hätte, die es dieser Tage vielleicht nicht in Gänze erfüllt, politische Bildung ebenso wie natürlich auch Medienbildung, der Umgang damit, Strukturverständnis für die Strukturen von Medien, wie funktioniert das alles.

Wir tun uns da jetzt auch schwer, mit einzelnen Fragen einen Ansatzpunkt zu finden, eine in kurzer Zeit zu beantwortende Frage zu finden. Ich möchte gerne auf die Verantwortung und die Rolle von Qualitätsjournalismus in diesem Zusammenhang eingehen. Denn, wenn wir sagen, wir müssen junge Menschen darin schulen, sich in die Debatte zu begeben, dann müssen die, um gegen falsche Nachrichten debattieren zu können, die Fakten zur Verfügung gestellt bekommen. Die im weiten Netz zu finden ist für einen Schüler vermutlich nicht ganz einfach. Auch für einen Erwachsenen ist das nicht immer so einfach. Wo könnte die Rolle liegen von Recherchenetzwerken, wie Facebook sie jetzt unterstützen möchte bzw. in Auftrag gibt, mit Korrektiv oder anderen Online-Initiativen wie "Schmalbart" oder weiteren Initiativen, von denen wir schon gehört haben, und die da vorgehen wollen? Wie könnten da Unterstützungssysteme aussehen, die nicht nur aus der Zivilgesellschaft herauskommen, sondern möglicherweise auch Unterstützung aus der Politik bekommen? Meine Frage geht an Herrn Fiene und an Herrn Professor Stöcker.

Der **Vorsitzende**: Bitte schön, Herr Fiene.

SV Daniel Fiene: Der Vorteil von einem Recherchebüro wie Correctiv ist, dass das für das Unternehmen kein neuer Job ist. Das machen sie schon lange. Es ist international anerkannt im Journalismus, dass es Prinzipien gibt - Fact checking. Diese branchenübergreifende Kooperation, nicht nur die von einzelnen Medien, das ist ein ganz wichtiger

Punkt. Die Förderung von Initiativen, die medienübergreifend zusammenarbeiteten, das ist wichtig. Die Aufklärungsarbeit und die wissenschaftliche Arbeit sollten dabei auch nicht vergessen werden. Das sind die beiden Punkte, bei denen man jetzt ansetzen sollte.

SV Prof. Dr. Christian Stöcker: Ja, das ist aber nicht zuletzt eine Finanzierungsfrage. Ich habe jetzt auch ad hoc keine geniale Idee, wo das Geld herkommt. Ich glaube, es wäre möglicherweise ganz schlau, über eine entsprechende Stiftung nachzudenken. Denn das ist kein lukratives Geschäft zu sagen, das stimmt nicht, was da steht. Damit wird wahrscheinlich kein Geld zu verdienen sein. Also muss man das irgendwie anders machen. Es ist ja nicht so, dass wir in Deutschland nicht Medienkontrollenrichtungen hätten, die äußerst üppig finanziert werden, nämlich die Landesmedienanstalten, die sich inzwischen auch brennend für das Internet interessieren. Ich weiß nicht, ob es deren Rolle sein kann. Aber vielleicht kann es deren Rolle sein, entsprechende Organisationen wiederum mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Das wäre ein Weg.

Ein anderer wäre möglicherweise auch zu sagen, sowohl die Plattformbetreiber als auch die großen Medien könnten sich vielleicht zusammen tun und sagen, wir haben ein gemeinsames Interesse an sachlich richtiger Information. Dafür legen wir ein bisschen Geld auf den Tisch, gründen eine Stiftung, die eine Satzung hat und die dafür sorgt, dass da sauber gearbeitet wird bei den Leuten, die solche Überprüfungen machen.

Übrigens, dazu ein Satz zu Frau Dr. Sitte. Ich glaube nicht, dass es Facebooks Rolle sein kann, diese Gegendarstellungen zu organisieren. Das muss in jedem Fall außerhalb von Facebook passieren, vielleicht mit solchen Konstruktionen, wie man es vom Jugendschutz kennt, vielleicht mit irgendwelchen anderen, die man sich noch ausdenkt. Sie können ihre Gemeinschaftsstandards, ihre eigenen Regeln kontrollieren, aber sie können



nicht so gut versuchen, Medienrecht auf ihrer eigenen Plattform durchzusetzen. Da wird man externen Input brauchen. Das würde auch die Glaubwürdigkeit des Ganzen maßgeblich erhöhen. Aber dann sind wir wieder beim Finanzierungsproblem.

Der **Vorsitzende**: Kollege Janecek, bitte schön.

Abg. **Dieter Janecek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an Herrn Reuter von Netzpolitik.org. Ich habe wahrgenommen, dass Sie den Vorschlag der GRÜNEN zur „Kennzeichnungspflicht Social Bots“ kritisch kommentiert haben, dass Sie gesagt haben, wie geht das überhaupt? Jetzt bei Facebook haben wir ja auch eine umfassende Regulierungsdiskussion, die zumindest dazu führt, dass wir jetzt sozusagen eine Art Selbstverpflichtung haben und ein Versprechen der Justiz, für einen besseren Durchgriff, letztlich auch der Polizeibehörden, zu sorgen. Wie sehen Sie das? Denn das sind auch Eingriffe in, vielleicht aus Ihrer Sicht, ein freies Internet. So könnte man das zumindest auch von der einen Seite diskutieren.

An Herrn Fiene geht eine ganz konkrete Frage. New York Times ist zum Beispiel jetzt umgestiegen in der Berichterstattung über Trump und sie schreiben, wenn er lügt, dann steht in der Schlagzeile nicht mehr „Trump hat gesagt, dass das so ist“, sondern sie schreiben „die Lüge“ in die Schlagzeile. Das ist eine Veränderung in der Medienlandschaft in den USA, die im Umgang mit diesem Phänomen in Teilen stattfindet. Andererseits basiert dieses Phänomen „Wer erzielt Klicks“ eben auch darauf, dass die aufregenden Dinge Klicks erzielen. Bei Trump war über zwei Jahre die Aufmerksamkeit, die er in den Medien bekommen hat für das, was er kommunizieren durfte, im Gegenzug Milliarden Dollar an Werbegeldern wert. Wie erleben Sie die Diskussion in der Medienwelt, im Journalismus, im Umgang mit diesen Phänomenen, die kommerziell auch interessant sind, über die sie berichten? Denn auf der anderen Seite sind - oder waren es zumindest - Medien ein

Stück weit auch Dienstleister derjenigen, die versuchen, Aufmerksamkeit zu erzielen durch eine Provokation, die sich jenseits des Faktenbasierten befindet.

Der **Vorsitzende**: Herr Reuter, bitte schön.

SV **Markus Reuter**: Ich hatte die Kennzeichnungspflicht erst einmal kritisch kommentiert. Das lag aber eher daran, dass man diejenigen, die das in wirklich schlechter Absicht benutzen, eher nicht bekommt, auch aufgrund des internationalen Charakters.

Ich habe als jemand, der Bürgerrechte achtet, nichts dagegen, dass Facebook gerichtlich Dinge durchsetzt. Ich finde, dass da jemand ansprechbar sein muss, und wenn dann ein Gerichtsbescheid kommt, muss Facebook den so schnell wie möglich umsetzen.

Vielleicht noch eine Idee zu den Fake News. Wir haben jetzt über Correctiv geredet, die aber exklusiv für Facebook arbeiten. Vielleicht sollte man die Sache, diese Fake-News-Geschichte, größer und offener denken, also als etwas, wo man mit offenen Standards arbeitet, wo alle Plattformen ihre falschen Nachrichten, die gemeldet, hineinleiten. Dann machen sehr viele Medienorganisationen eben mit und markieren es. Dann wird transparent, wie viel das überhaupt ist, was das für Fake News sind. Daran kann man dann forschen. Ich würde das Ganze offener gestalten als nur in solch komischen exklusiven Zusammenarbeiten.

SV **Daniel Fiene**: Vielleicht ganz kurz erst mal zur Verantwortung der Medien. Das ist eine Frage, die ist so alt wie die Medien auch. Vielleicht zwei Impulse: Wir erleben auf jeden Fall eine Twitter-Hysterie. Warum twittert Donald Trump? Weil er weiß, es ist eine direkte Eilmeldung. Über diesen Mechanismus muss man sich als Journalist im Klaren sein. Es gibt Analysen im Wahlkampf, die wir uns angeschaut haben, die interessant waren. Nur weil „Trump“ in der Überschrift stand, heißt



es nicht eindeutig, dass die Meldung auch besser geklickt wurde. Das nutzt sich auch sehr schnell ab. Das muss man in der Wahrnehmung auch sehen. Was ich ebenfalls ganz interessant fand, gerade in dieser Fake-News-Debatte: BuzzFeed hat in der vorletzten Woche eine interessante Analyse in Bezug auf den Wahlkampf in Deutschland veröffentlicht. Das Datenteam dort hat sich sowohl die Rubrik „irreführende Meldungen über die Bundeskanzlerin“ angeschaut als auch generell, welche Geschichten über die Bundeskanzlerin am häufigsten geteilt wurden. Die irreführenden Meldungen oder sogar Fake News, die sind tatsächlich zum großen Teil von populistischen Seiten aus Deutschland geteilt worden, die nicht aus den Mainstream-Medien kommen, oder auf britischen Tabloid-Formaten. Das waren die beiden Formate. Es war eine recht interessante Analyse. Ich glaube, da sieht man auch, dass das Problem in der klassischen deutschen Medienlandschaft so nicht gegeben ist, wenn man sich anschaut, was wird eigentlich derzeit tatsächlich geteilt.

Wenn man sich zum Beispiel diese Selfie-Geschichte anschaut, das Foto mit der Kanzlerin und dem Flüchtling, die Behauptung, dass er einen terroristischen Hintergrund hat, da habe ich noch die ungefähren Zahlen dieser Fake-Geschichte parat. Das Foto wurde um ein vielfaches mehr geteilt als die Originalmeldung von der Deutschen Welle. Das große Problem ist, dass bekommt man nicht aus Facebook heraus. Diese Meldung kann einfach dort nicht herausgenommen werden. Das ist dann tatsächlich das Problem.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, jetzt ist die Kollegin Dr. Sitte dran, bitte schön.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Danke schön. In der Tat würde ich gerne auf die politische Dimension zurückkommen. Zum einen wird immer wieder bei den Parteien abgefragt: „Wie gehen Sie im Wahlkampf mit Hate Speech und ähnlichem um“. Soll es eine Ethik geben, die die Parteien untereinander vereinbaren? Da hätte ich nichts dagegen, aber wir haben es selber nicht in der Hand. Wir

haben im analogen Bereich gesehen, dass die AfD in Leipzig einen privaten Unterstützer hat, der eine Zeitung kreierte und diese massenhaft verteilt hat. Das wird sich im Rechenschaftsbericht zeigen, wie weit sich das niederschlägt bei der AfD. Es kann uns auch im digitalen Bereich passieren, dass es dort Unterstützer und Unterstützerinnen gibt, die dieses Geschäft bewusst betreiben. Natürlich interessengelenkt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich in Europa scheinbar im politischen Bereich tektonische Verschiebungen ergeben, die beunruhigend sind. Das ist die eine Dimension, zu der ich gerne Herrn Reuter fragen wollte.

Ebenso interessengelenkt sind natürlich beispielsweise Herrn Trumps veröffentlichte 140-Zeichen-Tweets, die bei der Börse Ausschläge ausgelöst haben. Ähnlich interessengelenkt sind durchaus eben auch Geheimdienste, derzeit sind es immer die „bösen Russen“, die das irgendwie alles machen oder machen sollen. Da wäre meine zweite Frage an Herrn Reuter. Gibt es denn irgendwo aus Ihrer Erfahrung oder aus Ihrer Beschäftigung mit diesem Thema heraus substantielle Nachweise - ich will gar nicht so sehr nach Indizien fragen, denn mich interessieren schon die Fakten -, die berechtigt sagen lassen: Ja, hier wird über Geheimdienste bewusst mit Fake News auch Welle gemacht, um Stimmung zu erzeugen und eventuell Wahlergebnisse zu verfälschen.

Der **Vorsitzende**: Herr Reuter, bitte.

SV **Markus Reuter**: Zum ersten Problem mit den Bots und den Parteien: Das Problem wird schon auch sein, jede Partei könnte Bots angehängt bekommen. Ich kaufe mir beispielsweise 1000 Bots und mache das für die Partei. Die Partei kann sagen „Sind wir nicht!“ Stimmt auch. Das kann man natürlich auch in Vereinbarung machen. Festzustellen, ob die Bots von der Partei kommen oder nicht, das wird schon ein Problem sein. Man könnte es auch in böswilliger Absicht jemandem anhängen.



Zur zweiten Frage mit den Hinweisen: Solche Fake-News-Abteilungen, also Desinformation, gehört bei Geheimdiensten zum Geschäft. Ich bin mir sicher, dass die Russen da auch etwas machen. Die hatten diese Troll-Fabriken. Das sind keine Bots, das sind Menschen, die in einer Art PR-Agentur arbeiten, die das macht. Das Gleiche gibt es aber auch bei den Briten beim GCHQ (Government Communications Headquarters), beim Geheimdienst, und die CIA hat solche Sachen auch, kann wie in Pakistan mit Blogs operieren. Ich glaube, das ist eine Praxis, die man wahrscheinlich überall auf der Welt sehen kann. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Der **Vorsitzende**: Kollege Schipanski, bitte schön.

Abg. **Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe eine Nachfrage an Herrn Fiene. Wir haben das gerade nicht ganz verstanden. Sie sagten, wenn eine Falschmeldung identifiziert ist, dann muss die bei Facebook trotzdem nicht gelöscht werden, sondern bleibt weiter drin. Nur als Verständnisfrage: Das ist so, oder?

SV **Daniel Fiene**: Es ist tatsächlich so, wenn man sich das auf zwei Ebenen anschaut, gerade bei dem Thema „Hate Speech“. Wo wir nach deutschen Maßstäben im Community-Management sagen würden, das müssen wir herunter nehmen, weil wir genau wissen, was mit dieser Aussage implizit gemeint ist, argumentiert Facebook, es wurde nicht explizit ausgesprochen und nimmt das deswegen nicht herunter. Facebook agiert nur nach den eigenen Gemeinschaftsstandards, die sich komplett im Konzern halten. Deswegen ist auch immer dieses Unverständnis da: Warum wird ein gemeldetes Posting, bei dem alle hier im Raum sagen würden, das gehört nicht auf Facebook, nicht gelöscht? Das ist auch zum Teil ein illegaler Inhalt. Oder es wird richtig gehetzt. Warum ist das dort? Aber, Facebook sieht das anders. Das hat oft etwas mit impliziter oder expliziter Ausdrucksweise zu tun.

Zu der Selfie-Geschichte: Das wurde vielleicht bei

einem Posting gelöscht. Aber dann haben es schon zehn andere Leute frisch gepostet und von dort verbreitet es sich neu. Das heißt, es wird derzeit nur jeweils das einzelne Posting angeschaut und nicht die Themenbreite dahinter. Es ist nicht so, dass, wenn etwas gelöscht ist, ich das nicht wieder neu posten könnte. Da gibt es keine Universal Sperre. Das heißt, es ist ein Kampf gegen Windmühlen.

Abg. **Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Herr Professor Hegelich, Sie haben vorhin angedeutet, man kann Registrierungen umgehen, es ist ein weltweites Netz. Sie haben die Gerichtsbarkeit ein bisschen hinterfragt. Das ist auch etwas, was wir im Gespräch mit Facebook erleben mussten, die uns sagen, wir halten uns nur an die Gemeinschaftsstandards, aber nicht an nationales Recht, an deutsches Recht. Das würde ich gerne von Ihnen eingeordnet haben wollen. Wie kann das sein? Ist nicht die Forderung berechtigt, dass sich so ein Unternehmen auch an unsere Regeln hält. Herr Professor Stöcker meinte vorhin, das sei viel Arbeit für die, darauf aufzupassen. Ich meine, jeder Mittelständler bei uns ist an die Rechtsordnung gebunden und muss gucken, dass er das mit den Steuern und Ordnungssachen einhält. Der hat auch einen Riesenaufwand, hat auch personellen Aufwand, diese Vorgaben alle einzuhalten. Da ist es nicht logisch, wenn Facebook sagt „Nein, für uns gilt das aber nicht“.

SV **Prof. Dr. Simon Hegelich**: Da haben Sie im Prinzip Recht. Selbstverständlich geht man davon aus, wenn ein Konzern hier agiert, dass dann auch die hiesige Rechtsprechung gelten sollte. Das Problem ist, dass wir es bei Facebook und ähnlichen Unternehmen mit etwas neuem zu tun haben. Ich teile die Auffassung nicht, dass man Facebook einfach behandeln kann wie einen Medienkonzern, denn das ganze Geschäftsmodell ist ein völlig anderes. Es sind die Nutzer, die die Inhalte zur Verfügung stellen. Diese Sachen werden nicht von Facebook in der Redaktion von Face-



book entwickelt. Man kann sagen, dass es über Algorithmen bearbeitet wird. Das müsste man noch einmal diskutieren. Aber das Hauptproblem dabei ist, dass diese Vorstellung, Facebook wäre ein Medienkonzern, an dem disruptiven Charakter von Facebook vorbeigeht. Das Disruptive ist, sie haben ein Geschäftsmodell, welches darauf basiert, dass die Inhalte, von denen Facebook lebt, von uns allen kostenlos für diese Seite zur Verfügung gestellt werden. Wenn wir da jetzt anfangen und sagen, das finden wir als Geschäftsmodell nicht gut, kann man darüber auch sehr schön diskutieren. Es ist ein merkwürdiges Geschäftsmodell, auf jeden Fall, dann heißt das aber auch, dass wir anfangen, Facebook das Wasser abzugraben.

Umgekehrt ist es auch so, dass es gerade im Bereich „Digitale Wirtschaft“ nicht so viele große wichtige Konzerne gibt. Insofern verstehe ich durchaus die Bedenken. Ich glaube, was in den letzten Wochen passiert, ist - als Politikwissenschaftler halte ich das für sehr wichtig - , dass man Facebook gegenüber klar gemacht hat, dass, wenn Facebook nicht kooperiert in diesen Fragen, dann stehen Politikentscheidungen an, die Facebook schmerzhaft treffen. Diese Möglichkeit hat die Politik immer, dass man auch sagen kann, man findet Wege, um Facebook an einen eher kooperativ gemeinten Verhandlungstisch zu holen.

Ich glaube, es wird keine Lösung in diesen Fragen ohne Facebook geben. Da unterstreiche ich Facebook. Facebook hat eine ganz andere Reichweite, eine ganz andere Bedeutung als Twitter. Wir schauen viel zu viel auf Twitter, auch wir Wissenschaftler. Auch weil es schneller geht, einfacher ist, leichter zu analysieren ist. Es gibt in den ganzen Studien einen riesigen Bayes hin zu Twitter. Der ist durch die Relevanz eigentlich nicht gerechtfertigt. Wir müssten uns viel mehr Facebook anschauen und was da passiert. Man kann da etwas machen, man sollte da etwas machen, man wird da etwas machen. Man muss aber auch irgendwie sehen, dass man diesen Konzern mit sei-

nem seltsamen Geschäftsmodell einfängt und gemeinsam überlegt, was sich machen lässt.

Der **Vorsitzende**: Kollegin Rößner hat das Wort, bitte schön.

Abg. **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Man merkt, das ist doch alles sehr vielschichtig. Ich würde gerne eine kurze Vorbemerkung machen. In dem Moment, wo Facebook Instant Artikel veröffentlicht, ist es schon auch ein Medium und übernimmt eine journalistische Verbreitung. Damit ist es natürlich an die journalistische Sorgfaltspflicht gebunden. Da ist die Frage, wie man das regulieren kann. Dann noch eine Bemerkung zur „Kampfsperre“, also rein zum technischen. Wenn beispielsweise dieses Flüchtlingsfoto weiter gepostet wird - ehrlich gesagt, in den Zeiten, wo technisch fast alles möglich ist, kann ich mir nicht vorstellen, dass es nicht einen Automatismus gibt, dass ein Post, ein Bild, das ganz klar Persönlichkeitsrechte verletzt und es auch einen Straftatbestand gibt, dass man den nicht auch kennzeichnen und die Weiterverbreitung verhindern kann. Es ist mir unerklärlich, warum das nicht möglich sein sollte. Das nur vorab.

Jetzt wurde zur Regulierung gefragt, soll denn auch reguliert werden im Bereich der Medienregulierung oder anderweitig? Wir haben im Presserecht die Selbstregulierung mit dem Presserat. Was den Jugendschutz im Internet angeht, gibt es die FSM, das ist auch eine Selbstregulierung. Es gibt jugendschutz.net. Es gibt unterschiedliche Regulierungsmechanismen und Institutionen. Die Selbstregulierung scheint in dem Bereich nicht so richtig zu funktionieren. Jetzt ist die Frage, wie kann man die Unternehmen dazu bringen? Wäre es möglich, dass ein Unternehmen, das eine bestimmte Reichweite hat, wie im Deutschen jemanden beauftragen müsste? Da gibt es Unternehmen ab einer bestimmten Größe, die Verantwortung übernehmen müssen, die haben beispielsweise Beauftragte zum Datenschutz. Natürlich unabhängig, das muss gewährleistet sein. Aber das trifft auf die Datenschutzbeauftragten auch zu.



Die andere Frage wäre: Die Landesmedienanstalten tun schon viel, was die unabhängige Regulierung angeht. „Unter Aufsicht“ bedeutet, die werden zum Beispiel durch den Rundfunkbeitrag finanziert, sind aber unabhängig in ihrer Selbstorganisation. Könnte man dort nicht für Plattformen eine Aufsicht einrichten? Das wären meine Fragen an Herrn Professor Hegelich und Herrn Professor Stöcker.

SV Prof. Dr. Simon Hegelich: Dann sage ich etwas zu dem ersten Punkt. Natürlich ist technisch sehr viel möglich. Wenn irgendein - um bei diesem Beispiel zu bleiben - bestimmtes Bild einmal gekennzeichnet ist als „Das soll nicht mehr auf dieser Plattform erscheinen.“, dann ist es sehr leicht, dieses Bild tatsächlich herauszufiltern, so dass es nicht mehr erscheint. Sobald ich das Bild verändere, die Auflösung verändere, einen Ausschnitt von dem Bild nehme oder sonst etwas, wird es schwierig. Das Gleiche gilt für Posts, wenn die gesperrt werden. Es ist zum Beispiel technisch durchaus möglich, dass ich, wenn ich einen Screenshot von dem Post mache, auch automatisch erkenne, dass der nach wie vor den gleichen Inhalt hat wie vorher. Es ist aber sehr, sehr aufwendig. Vieles ist machbar, vieles ist aber auch sehr aufwendig. Das muss aber nicht unbedingt heißen, dass die Plattformbetreiber nicht verpflichtet werden könnten, diesen Aufwand zu betreiben. Ich meine, die verdienen eine Menge Geld. Insofern muss einen das nicht immer gleich abschrecken. Ansprechpartner in den Unternehmen ist sicherlich ein guter Punkt.

SV Prof. Dr. Christian Stöcker: Ich glaube, Facebook dazu zu verpflichten, einen Ansprechpartner zu bieten, ist evident. Das müsste man auf jeden Fall machen. Eine Person wird da nicht reichen, sondern man müsste sie möglicherweise zu ganz anderen Dingen verpflichten. Da wären wir wieder bei gesetzlichen Mindeststandards.

Das Thema Landesmedienanstalten, das habe ich vorhin selbst kurz angesprochen. Ich glaube, wenn es in Deutschland Institutionen gibt, die im

Moment in der richtigen Ausgangslage sind, um eine solche Aufgabe zu übernehmen, dann sind es die Landesmedienanstalten. Das ist auch relativ nahe an ihrem ursprünglichen Auftrag, wenn man diesen etwas abstrakter betrachtet. Gleichzeitig kommen wir in einen sehr schwierigen Bereich, denn Medienpolitik bedeutet immer ganz dicke Bretter. Die Vorstellung, dass 16 Landesmedienanstalten jetzt alle gemeinsam Facebook regulieren, da wird mir, ehrlich gesagt, Angst und Bange. Zu dem Thema gibt es intensive Diskussionen. Auch die Landesmedienanstalten selbst, soweit ich das überblicke, denken über solche Fragen nach, denken auch über Google nach. Aber ich glaube, da muss man möglicherweise der Tatsache, dass sich das Mediensystem von einem rundfunkbasiertem System in ein internetbasiertes System verwandelt, auf etwas grundsätzlich strukturellerer Weise Rechnung tragen. Auch wenn es das Problem nicht leichter macht. Aber die Richtung ist auf jeden Fall eine gute. Es geht auch nicht nur um „Was macht eigentlich Facebook?“, sondern zum Beispiel auch um solche Fragen wie die Kontrolle von Ergebnislisten von Suchmaschinen. Auch da wird unter Umständen öffentliche Meinung geformt. Da ist es möglicherweise auch ganz gut, wenn eine unabhängige Stelle mit regelmäßigen Test Cases versucht herauszufinden, ob sich womöglich gerade etwas verändert.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Kollegin Esken, bitte.

Abg. Saskia Esken (SPD): Ich habe noch Fragen zu zwei Themenbereichen, zum einen die Frage, warum interessiert man sich eigentlich so für Twitter? Das hat vielleicht auch mit der Nutzer-Community zu tun, die sich einerseits aus Politik und andererseits aus Journalismus speist. Das sind zwei Gruppen, die zurzeit in der Frage „Establishment, Eliten, Lügenpresse usw.“ gemeinsam an einer Wende oder in einer Ecke der Debatte stehen. Das ist möglicherweise der Hintergrund. Ich will auch noch auf etwas hinweisen und die Frage stellen, wie Sie so etwas einschätzen, was noch



der Hintergrund sein könnte, Herr Professor Hegelich. Ich habe im Dezember täglich etwa einhundert Fake Accounts abgewehrt. Mittlerweile ist die Welle vorbei. Ich verstehe die Struktur dahinter nicht. Aber mir scheint sich da irgendetwas aufzubauen, nicht bei mir persönlich, vermutlich auch bei anderen. Aber so ganz von der Hand zu weisen ist das nicht. Die paar UK- und USA-Witwer, die sich mir bei Facebook anbieten als Freunde, die kann ich an einer Hand abzählen. Das sind auch offensichtlich Fakes, aber na gut.

Die andere Frage geht in Richtung Geschäftsmodelle. Wir müssen uns schon darüber im Klaren sein, dass diese Kampagnen zum Teil mit demagogischer Absicht gesteuert sind, möglicherweise mit populistisch-demagogischer, gesellschaftsverändernder Absicht, zum anderen aber auch von dahinterliegenden Geschäftsmodellen. Es lässt sich offensichtlich mit nichts so schön und so einfach Geld verdienen wie mit populären Lügen. Diejenigen, die für das Geschäftsmodell bezahlen, das sind in der Hauptsache werbende Unternehmen, denen in den allermeisten Fällen gar nicht bewusst ist, wieviel Geld sie dafür ausgeben, dass sie mit so einem Mist in Verbindung gebracht werden. Da ist unser Ansatzpunkt zu hinterfragen: Wie können wir es möglich machen, dass die Unternehmen sich dieser Frage bewusst werden? Und wie können die Geschäftsstrukturen, weil das derzeit auch über Agenturen organisiert wird, aufgebrochen werden, um das Problem ein Stück weit zu beeinflussen?

Der **Vorsitzende**: Beide Fragen sind an Professor Hegelich gerichtet?

Abg. **Saskia Esken** (SPD): Die zweite Frage geht an Professor Stöcker.

SV **Prof. Dr. Simon Hegelich**: Was Sie zu dem Publikum von Twitter sagen, damit haben Sie total Recht, und deshalb darf man es nicht herunterspielen und sagen „Twitter ist nicht relevant“. Da sind wir uns, glaube ich, auch einig. Es sind sehr viele Journalisten und Politiker. Deshalb war auch

die größte Gefahr, die ich bei den Bots immer gesehen habe, dass Trends auf Twitter verzerrt werden, dadurch etwas in die „echte Welt“ überschwappt, man als Journalist oder Politiker plötzlich sagt, das Internet denkt soundso, und in Wirklichkeit waren das nur Eierköpfe, die irgendetwas gepostet haben.

Was diese Fake Accounts da eigentlich machen? Meine These dazu ist, wenn da einfach massenhaft Accounts angelegt werden, dann haben die auch eine gewisse Geschichte. Deshalb ist es für die Glaubwürdigkeit dieser Accounts sinnvoll, dass sie bekannten Personen aus dem öffentlichen Leben folgen. Das ist das, was normale User auch machen. In den USA haben Forscher gerade ein Bot-Netz von 350.000 Twitter-Bots entdeckt, die nichts machen außer irgendwelche Zitate aus Star-Wars-Büchern zu posten; die sind in keiner Weise anders aktiv. Aber, wenn wir uns überlegen - wir wissen wirklich nicht, was dahinter steckt -, wenn jetzt irgendeine Krisensituation eintreten würde. Ich wohne in München, also „Amoklauf in München“, wenn da plötzlich ein solches Bot-Netz aktiviert wäre, was dann mit der Absicht, für Verwirrung und Unsicherheit zu sorgen, aktiv geworden wäre, dann hätte das die ganze Sache noch wesentlich verschlimmert.

Ganz kurz möchte ich noch ein paar Sätze zu der Werbung sagen. Es ist tatsächlich so, dass die Unternehmen nicht wissen, auf welchen Seiten sie Werbung schalten. Zum Beispiel, wenn ich auf „Breitbart“ bin, kriege ich meistens Lufthansa angezeigt. Ich glaube nicht, dass die Lufthansa das weiß. Sie könnten es aber wissen und sie könnten es auch verhindern. Im Bereich Porno wird verhindert, dass man auf diesen Seiten landet. Bei anderen Seiten wäre das auch möglich.

SV **Prof. Dr. Christian Stöcker**: Das würde für Facebook bedeuten, dass alles, worüber wir geredet haben, beispielsweise die Kennzeichnungspflicht, könnte auch dazu führen, dass es dann heißt „In dem Moment, in dem du weißt, dass gelogen ist, was da steht, darfst du auch nicht mehr an den



Anzeigen verdienen, die da darin stehen“. Das würde auch für Facebook den Anreiz erhöhen, sich mit dem Thema intensiver zu beschäftigen. Das ist das eine. Das andere ist, diese Werbenetzwerke sind ein unfassbar komplexes System. Wenn man sich anguckt, wie viele Unternehmen daran beteiligt sind, dass eine einzelne Anzeige auf einer Webseite landet. Ich glaube, dass es der richtige Weg ist, ich muss als Unternehmen sagen können, ich will da nicht erscheinen. Bertelsmann hat früher auch versehentlich auf Raubkopie-Plattformen für sein BOL geworben usw., sicher auch nicht mit Begeisterung. Es ist ein schwieriges Problem.

Der **Vorsitzende**: Kollege Jarzombek, bitte schön.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Ich habe eine Anmerkung und eine Frage. Die Anmerkung ist zur Frage der redaktionellen Verantwortung von Facebook. Professor Hegelich sagte, es ist vielleicht nochmals zu differenzieren, ob man hier Inhalte von Nutzern hat oder ob Facebook sich die selbst zu eigen macht, in dem sie die als Werbung aufspielt, was auch einen Prüfprozess verlangt. Das stelle ich einfach nur mal in den Raum.

Ich habe eine Frage, die ich an Professor Christian Stöcker und an Daniel Fiene stelle. Medienkompetenz - ein furchtbares Schlagwort, bei Medienkompetenz glauben immer alle, jetzt muss in der Schule erzogen werden oder in der Volkshochschule. Das sind wohl extrem unrealistische Annahmen. Wir müssen die Nutzer „on the fly“ (spontan) erreichen und denen beibringen, was sie in den alten Medien schon konnten, nämlich zu unterscheiden, auf was kann ich vertrauen und was ist eher unseriös, und das zu übertragen auf diese dynamische neue Situation. Deshalb würde mich interessieren, wie Sie beide als Praktiker aus dem Medienbereich das sehen. Was können die Medien selbst tun? Ich bin über eine Geschichte in der Washington Post gestolpert, wo man die Hintergründe recherchiert hat von einer Fake-News-Seite aus den USA, die ungefähr eine Million Likes auf Facebook hatte. In der Geschichte

wurden Fotos bei denen zu Hause gezeigt, man sah diese zwei Typen auf einem Sofa sitzen. Die hatten nicht einmal ein Möbelstück, die hatten kein Wissen, kein Buch, kein gar nichts. Die haben pausenlos Dinge verbreitet und auch ganz offenherzig erklärt, wie viel Geld sie damit verdienen und dass das mehr wäre, als sie in den zwölf Jahren vorher als Aushilfskellner verdient hätten. Ich fand, das war ein sehr eindrucksvolles Stück, es hat einem vor Augen geführt, was das denn für Dinge sind. Ich sehe selbst in meinem praktischen Alltag, dass auch Leute, die im politischen Umfeld unterwegs sind, manchmal Links teilen, wo man sich denkt „Wie können die eigentlich?“ Ich glaube, das ist keine Absicht, sondern die übersehen zu viel, man hat die Mechanismen noch nicht verstanden. Deshalb meine Frage an Sie: Inwiefern können Medien einen Beitrag dazu leisten, so etwas zu enttarnen, solche Mechanismen offen zu legen, Hintergrundstorys zu machen, investigativ zu sein? Den deutschen Arbeitgeberverband als Marketing-Gag, der überhaupt kein Arbeitgeberverband ist, zu enttarnen. Diesen ganzen Fake-Klamauk einfach zu offenbaren. Was, glauben Sie, ist da die Rolle der Medien?

SV Prof. Dr. Christian Stöcker: Als Ex-Journalist kann ich sagen, die deutschen Medien haben ein hohes Interesse daran, solche Geschichten zu machen. Putins Troll-Fabrik in Sankt Petersburg hat damals bei Spiegel Online nicht nur einmal, sondern mehrmals stattgefunden. Das ist ein Thema, das auf jeden Fall geht, weil das Medium den Leser interessiert. Aber es ist relativ aufwendig. Das ist das eine. Das andere ist, und das ist das größere Problem, es gibt eine bestimmte Klientel, die können Sie mit noch so toller Berichterstattung, die irgendwelche Dinge richtig stellen, gar nicht mehr erreichen. Das ist ein Punkt, an dem wir noch nicht waren. Aber ich glaube, in den USA ist es noch wesentlich ausgeprägter, dass die Gesellschaft sich in so extrem feindseligen Blöcken gegenübersteht. Da gibt es auch eine ganz interessante Studie von 2015, die sagt, Fake News funkti-



oniert nur deshalb, weil die Leute in ihr Persönlichkeitsbild einbauen, dass sie Republikaner sind. Sie verstärken deswegen sozusagen ihre Stammeszugehörigkeit, wenn sie die Anti-Clinton-Nachricht teilen. Die Quellenprüfung ist dann dem emotionalen Wohlgefühl untergeordnet. Dem kommt man nur mit Berichterstattung nicht bei, sondern das ist eine verdammt schwierige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, so bitter das ist.

SV Daniel Fiene: Praktisch könnte man sich überlegen, wenn man das schon nicht über die Bildungseinrichtungen alleine lösen kann, warum die Nutzer nicht da erreichen, wo es sie auch trifft. Man könnte entweder selbst Stellen beauftragt, Kampagnen zu starten, die aufklären - ganz simpel, man kann sich auch Werbefläche bei Facebook einkaufen. Oder man verpflichtet Plattformen, die eine gewisse Aufmerksamkeit erhalten oder Aufmerksamkeit lenken, durch unabhängige Stellen Aufklärungsarbeit zu leisten, da sie das viel besser selber erklären können. Ich glaube, das ist viel realitätsnäher als wenn wir das durch eine Berichterstattung übernehmen. Ich sehe auch nicht die Aufgabe der Medien darin, zu erziehen, sondern eher zu informieren, aufzuklären. Aber die Frage ist doch, wen erreichen wir am Ende tatsächlich damit. Wahrscheinlich eher die, die sich ohnehin schon mit dem Thema auskennen und sich weiter darüber informieren möchten. Da ist unglaublich viel zu tun. Es ist auch so, dass alle Medien schon häufig darüber berichtet haben. Aber genützt hat das eigentlich nichts. Auch nicht bei Menschen, von denen man denkt, dass bei ihnen mehr Kompetenz zu erwarten wäre.

Der **Vorsitzende:** Wir kommen langsam in die Zielgerade. Ich habe noch Wortmeldungen von der Kollegin Dr. Sitte, von der Kollegin Rößner und auch noch vom Kollegen Jarzombek. Dann haben wir es auch schon geschafft.

Abg. **Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.):** Meine Frage geht an Herrn Reuter, sie betrifft zwei Vorschläge aus dem politischen Raum. Zum einen eine Bundesrats-Initiative von Mitte des letzten Jahres von

den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern, bei der es um den „Digitalen Hausfriedensbruch“ und um Botnetze, Social Bots usw. geht. Ich gewinne den Eindruck, wenn man sich das anschaut, dass es - wie vorhin schon angesprochen - Kollateralschäden geben könnte, gerade im Umgang mit der Bewertung von Bot Accounts oder eben von Initiativen in diesem Bereich, die auch zum Teil dienstleistende Funktionen haben.

Die zweite Frage: Der tapfere Herr Maaßen, Präsident des Bundesverfassungsschutzes, hat verlauten lassen, dass es doch vielleicht sinnvoll wäre, wenn man eine Rechtsgrundlage schaffen könnte oder würde, um Hackerangriffen durch Hackerangriffe zu begegnen. Für wie sinnvoll halten Sie solche Vorschläge?

SV Markus Reuter: Diese Bundesrats-Initiative „Digitaler Hausfriedensbruch“ war ursprünglich gedacht, um gegen Botnetze, Spam und solche Geschichten vorzugehen. Dann wurde es von der Bundesregierung nicht angenommen. Jetzt ist der Versuch da, das auf Social Bots auszuweiten. Grundkern dieser Initiative ist zu versuchen, allgemeine Geschäftsbedingungen, also den Verstoß gegen allgemeine Geschäftsbedingungen, strafrechtlich zu belangen. Wenn beispielsweise Facebook sagt, man muss mit Klarnamen da sein und ich melde mich aber als „Micky Müller“ an, dann ist das ein Verstoß und könnte mit bis zu einem Jahr Strafe geahndet werden. Das kann passieren, wenn ich als Journalist eine Recherche mache und dafür ein Fake Profil anlege. Das halte ich für keinen guten Ansatz, es ist auch wieder so ein Ansatz wie „Da nehmen wir jetzt alles, von Spam, Botnetz bis Social Bots, und erschlagen alles mit einem Gesetz“. Ich glaube, es gibt diese große Lücke, die dieses Gesetz nötig macht, nicht.

Bei der anderen Sache geht es um den offensiven Hackerangriffen. Ich glaube, es ist gerade ein Kennzeichen von Hackerangriffen, dass sie verschleiern können, wo sie herkommen. Ich kann



nicht gleich sagen, nur weil die IP eine chinesische IP ist, ist es ein chinesischer Hackerangriff, oder weil die IP eine russische ist, ist der Hackerangriff ein russischer. Das kann ich immer alles sehr weit verschleiern. Ich glaube, da sollten wir wirklich auf eine gute defensive IT-Security setzen und auf Maßnahmen wie sehr gut geschulten Mitarbeitern, die beispielsweise eben nicht Ziel von Spear-Phishing-Attacken werden können. Das setzt auch viel Kompetenz und Bildung voraus und natürlich auch eine gute IT-Security. Solche Angriffe sind hochgefährlich, weil man auch nicht weiß, woher so ein Angriff kommt.

Der **Vorsitzende**: Kollegin Rößner.

Abg. **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schade, dass die Zeit gleich um ist, ich habe noch so viele Fragen. Deshalb möchte ich noch zwei Fragen zu Hate Speech stellen, die eine an Herrn Reuter. Was ist mit geschlossenen Gruppen? Gerade in geschlossenen Gruppen befinden sich die Radikalsten der Radikalen. Und die haben auch eine Meinungsrelevanz. Wenn dort Verstöße passieren, wie kann man denn an die herankommen? Sie haben Facebook angesprochen als die relevante Plattform.

Die andere Frage geht an Frau Dinar. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, welche technischen oder gesetzlichen Lösungen denn stärker verfolgt oder gepusht werden sollten, um gegen Hate Speech vorzugehen? Das Stichwort ist: „Blocken von beleidigenden Antworten“ usw.

Das Problem ist, durch Hate Speech werden Leute von den Plattformen vertrieben. Minderheiten werden vertrieben. Das heißt, das ist ein großer Schaden, wenn aktive und engagierte Menschen sich dann nicht mehr äußern. Das verschiebt die Debatte in eine andere Richtung. Das, finde ich, ist eine Bedrohung der Demokratie und des demokratischen Diskurses.

Der **Vorsitzende**: Herr Reuter.

SV Markus Reuter: Zu den geschlossenen Gruppen: Ich bin da sehr vorsichtig. Ich sehe so eine geschlossene Gruppe mehr wie ein erweiterter Stammtisch oder eine private Zusammensetzung. Wenn wir da hinein gehen, kommen wir ganz schnell in den Raum privater Äußerungen. Ja, da kommen wir sehr schnell in einen Bereich hinein, wo private Kommunikation dann nicht mehr möglich ist, weil das auch aufgedeckt werden muss. Ich finde die Abgrenzung an dieser Stelle sehr schwierig. Natürlich, wenn es Gruppen von mehreren Tausend sind, dann ist das wieder eine andere Frage. Aber da würde ich sehr aufpassen. Wenn strafrechtlich etwas passiert, kann die Polizei natürlich ermitteln, das ist keine Frage.

Sve Christina Dinar: Kurz zu den geschlossenen Gruppen: Wir haben das vor allem bei diesen „Nein zum Heim“-Gruppen und in dem ganzen Kontext sehr klar beobachten können, dass das dort auch durchaus Relevanz hat. Aus den geschlossenen Gruppen wird nämlich in einen anderen Diskurs eingespeist und Menschen sind dadurch teilweise ermutigt worden, die Heime der geflüchteten Menschen anzuzünden usw.

Zur technischen Lösung oder zu der Frage, wie man einen Ort schaffen kann, damit Minderheiten oder Meinungen oder Pluralität einen Raum finden. Dieser ist ja nicht mehr vorhanden, weil sozusagen nur noch eine Meinung auf solchen Plattformen gewollt ist und alle anderen verdrängt werden. Das ist relativ komplex, das kann ich nicht in einem Satz herleiten. Aber was wir am meisten beobachten: Wir haben ein Zentrum, drei, vier Menschen, die dort eine bestimmte Stimmung machen, und wir können sehen, 500 Leute sind aktiv. Wir sind in einem öffentlichen Raum und rufen die Seite ab, aber es passiert nichts. Alles verzerrt sich oder verklebt sich an diesen Konfliktpunkten. Da ist es unheimlich wichtig, vielleicht gar nicht eine technische Lösung zu machen, sondern sich dort doch mal hinein zu begeben. Ich weiß, dass vor allen Dingen Politikerinnen und Politiker davon sehr betroffen sind - aber



gerade da gilt es auch, das anzuzeigen, voran zu gehen, sich zu äußern, Statements zu machen. Es tut mir leid, da kommen Sie gerade, wenn Sie nicht nur mit geschlossenen Weltbildern arbeiten, sondern eben die anderen abfangen und da auch Haltung zeigen möchten, nicht drumherum. Da gibt es gar nicht so viele technische Lösungen. Da sind wir eher wieder bei der menschlichen Haltung, die wir dort hineinbringen müssen, um anderen Platz zu machen und um diese Diskriminierung - also diese Räume - wieder zu öffnen. Auch vom Hausrecht ist Gebrauch zu machen, von der Moderation, all diese Möglichkeiten sind ja da. Sie können auf Ihrer eigenen Seite das selbst machen. Und da auch vorbildlich zu sein, finde ich, kann sich jeder aus der betroffenen Gruppe vornehmen.

Der **Vorsitzende**: Kollege Jarzombek.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Ganz zum Schluss dieser Anhörung möchte ich gerne auf ein Thema kommen, das mit dem Anhörungsgegenstand gar nicht so viel zu tun hat. Aber manchmal steht „der Elefant im Raum“ und da sollte man ihn einfach ansprechen. Frau Dinar, Ihre Stiftung hat uns extrem irritiert, weil Sie ein Projekt gemacht haben, wo „neue Rechte“ benannt wurden, und neben dem dritten Weg der NPD usw. - so schreibt es jedenfalls die FAZ im August - auch die CDU benannt wurde. Das sagt vielleicht mehr über Ihre Stiftung als über uns aus. Aber das irritiert uns nachhaltig. Insofern möchte ich das hier einmal ganz deutlich sagen. Ich möchte das kombinieren mit einer Frage. Und die Frage, weil die mir immer wieder begegnet, ist, ob Ihre Stiftung mit dem Projekt, das Sie mit Facebook machen, beteiligt ist, Postings zu löschen. Ich stoße selbst immer wieder im Internet auf Diskussionen, wo gesagt wird - ich erzähle jetzt die Kurzgeschichte -, dass die Stiftung einer Frau, die früher Stasi-IM war, jetzt dafür zuständig ist, bei Facebook Postings zu zensieren.

Vielleicht nutzen Sie die Gelegenheit, uns einmal

darüber aufzuklären, was Sie da eigentlich wirklich machen und ob Sie an dem Löschen von Postings bei Facebook beteiligt sind oder nicht.

Sve **Christina Dinar**: Ich danke herzlich für die Frage, denn damit habe ich auch die Chance, etwas dazu zu sagen. Also, wir sprechen viel über News, verdrehte Wahrheiten und Information. In der Zusammenarbeit waren wir in der Task Force beteiligt. Wir löschen definitiv nichts. Es gibt in unserer Stiftung nichts, was darauf hinweist. Wir löschen keine Postings. Das wird verknüpft mit der Vergangenheit der Stiftungsvorsitzenden Annetta Kahane. Letztendlich sind es aber zwei verschiedene Dinge. Ich versuche jetzt, das in der kurzen Zeit schnell auseinanderzuklamüsern.

Unser Ziel war, dass wir vor allen Dingen zivilgesellschaftlich stärken und die Perspektive digitaler Zivilgesellschaft schätzen, so, wie ich das auch vorhin sagte. Es gibt mehrere Mitlesende, es gibt nicht nur Täter und Opfer, es gibt viele. Das wollen wir aktivieren und das war eigentlich auch die Stoßrichtung. Und nicht die Löschung von Kommentaren.

Dass das dann zusammengefallen ist und sozusagen in News aufbereitet wurde und sich dann auch sehr hartnäckig bis heute hält, ist auch Teil von einem Meinungsbildungsprozess, dem wir selbst als Stiftung ausgesetzt wurden.

Zu Wiki wollte ich noch sagen, das war eine Wiki-Software. Das ist ein offenes Projekt gewesen, das mit Jugendlichen gemacht wurde, und es ging vor allem darum, Quellen aufzuarbeiten, einzusortieren und zu kategorisieren. Es ging nicht darum, bestimmte Parteien darzustellen, sondern es war ein loses - bei Wikis übliches - Kategorie-System, was sozusagen, belegt mit Quellen, dargestellt hat, welche Zeitungen es gibt, welche Politiker in dem Bereich aktiv sind. Die konnte man einordnen. Das war vielleicht auch sehr unglücklich, dass man sehen konnte, dass bestimmte Parteien Überläufer zum Beispiel zur AfD hatten oder sich ha-



ben polarisieren lassen. Das Ganze ist sehr unglücklich in einen Kontext gestellt worden, wo ich mich gefragt habe, wie das überhaupt passieren kann, dass man dann sagt, die CDU würde da so benannt. Man müsste sich das Ganze angucken, dann erklärt es sich auch und dann bildet es sozusagen auch Abwanderung in andere Parteien aus der FDP usw. ab. Das war sehr unglücklich und es war eigentlich ein Empowerment, ein von Jugendlichen gemachtes System, in dem man sich mit Information und Quellenlagen auseinandersetzt.

Was ich noch zu dem Letzten zu sagen hätte, ist, dass wir vor allen Dingen durch diese Meinungsmache sehr stark einer Bedrohung ausgesetzt worden sind, durch diese Effekte, durch diese Verbindung der Stasi-Vergangenheit von Anetta Kahane und dem Vorwurf der Löschung auf Facebook, was beides nicht stattfand. Wir haben auch Gegen Darstellungen veröffentlicht usw., es ist vor allen Dingen zu sehr vielen Angriffen gegenüber der Stiftung und Mitarbeitenden wie mir gekommen. Das empfinde ich auch als etwas sehr Bedenkliches in dem Kontext, über den wir heute sprechen, nämlich über die News, wie sie aus Kontexten gerissen werden.

Der **Vorsitzende**: Wir haben es am Ende angesprochen, obwohl es nicht ganz Gegenstand der Debatte war. Aber jetzt haben wir das auch klären können, oder halb klären können. Damit sind wir punktgenau am Ende dieser Anhörung. Ich glaube, das war eine sehr spannende Anhörung. Es wurden sehr viele Antworten gegeben. Viele Fragen sind offen geblieben und wahrscheinlich

sind auch neue Fragen dazu gekommen. Wir haben noch gar nicht so richtig klären können, welchen Regulierungsbedarf es nun gibt. Oder der Wunsch aus der Wirtschaft, von der Presse, ob es Regulierungsbedarf gibt oder ob man besser die Finger davon lassen könnte. Das ist jetzt unsere Aufgabe, daraus weiterhin unsere Essenz zu schöpfen. Natürlich geht die Debatte weiter. Morgen schon im nächsten Ausschuss mit den gleichen Fakten. Wir werden uns natürlich zusammensetzen und werden darüber diskutieren, werden das weiter auf unserer Tagesordnung haben. Denn es ist ein spannendes Thema, das uns begleiten wird.

Ich darf mich sehr herzlich bei den Sachverständigen für die wirklich guten und konstruktiven Beiträge bedanken, auch bei den Abgeordneten für die Fragen, die gestellt wurden, für die disziplinierte Runde, auch für das Interesse hier im Saal, natürlich auch das Interesse im Internet beim Livestream. Ich bedanke mich bei der Technik, die dafür gesorgt hat, dass das überhaupt möglich ist. Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend und eine gute Fahrt nach Hause. Vielen Dank. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 18:02 Uhr

Jens Koeppen, MdB
Vorsitzender